

Mit Leidenschaft für Sachsen-Anhalt

Regierungsprogramm der FDP 2011 - 2016

Inhaltsverzeichnis

Heimat Sachsen-Anhalt	4
Familie ist Heimat	5
Älter werden, Leidenschaft bewahren	5
Wirtschaft und Verkehr	6
Bildung, Grundlage unserer Zukunft	12
Wissenschaft und Forschung	17
Gesundheit und Soziales	19
Sport, Kultur und Medien	21
Natur- und Umweltschutz sind Weltbewahrung für unsere Nachkommen	25
Verbraucherschutz für den mündigen Bürger	27
Landwirtschaft, Nahrungs- und Rohstoffe aus eigener Erde	28
Sicherheit und Landesorganisation	29
Bürgernahe Justiz	32
Freie Bürger, freie Kreise, Städte und Gemeinden	34
Landesentwicklung	36
Sachsen-Anhalt in Europa	37
Liberales Land – erfolgreiche Heimat	38

Regierungsprogramm – Auf den Punkt gebracht

Der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Politik. Wenn wir über Sachsen-Anhalt sprechen, sprechen wir über die Menschen, die hier leben und arbeiten. Wir vertrauen auf die Leistungsbereitschaft der Menschen. Wir wollen einen gewichtigen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt ihre Tatkraft und ihre Potentiale entfalten können. Unser Ziel ist es, allen die Chance auf Teilhabe am Wohlstand zu eröffnen. Dabei kommt es vor allem darauf an, ein selbst tragendes Wirtschaftswachstum zu generieren, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Wirtschaftswachstum bedeutet die Chance auf Arbeit für mehr Menschen und steigende Steuerkraft, um die Grundlage der Finanzierung staatlicher Leistungen zu legen und unsere Heimat lebenswerter zu gestalten. Wir setzen auf die Soziale Marktwirtschaft und werden Rahmenbedingungen schaffen, um die Wirtschaftskraft Sachsen-Anhalts zu stärken.

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Nirgendwo sonst werden so viele Arbeitsplätze geschaffen und junge Menschen ausgebildet wie im Mittelstand. Deshalb werden wir kleinen und mittleren Unternehmen unsere besondere Aufmerksamkeit widmen.

Den Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik wird dabei die Innovationsförderung bilden. Ziel liberaler Innovationspolitik wird die Ansiedlung weiterer privater Forschungseinrichtungen sein, so dass wirtschaftsnahe Forschung verstärkt im Land stattfinden kann. Um dem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen, sollen Studenten durch Stipendien frühzeitig an Sachsen-Anhalt und die Unternehmen im Land gebunden werden.

Sachsen-Anhalt hat eine hervorragende Infrastruktur. Diese Infrastruktur, die zentrale Lage Sachsen-Anhalts in Europa, der flexible Arbeitsmarkt sind einige der zahlreichen Standortvorteile, die unser Land bietet und die stärker als bisher herausgestellt werden müssen. Wichtige Infrastrukturvorhaben müssen konsequent vorangetrieben werden und dürfen nicht durch endlose Verfahren verzögert werden.

Bildung ist der wertvollste Rohstoff in Sachsen-Anhalt. Bildung schafft Chancen, ist die Grundlage für sozialen Aufstieg und die beste Investition in die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes. Nur gute Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und befähigt zu einem freiheitlichen und selbstbestimmten Leben. Wir Liberale stehen für den Wettbewerb um die besten Lösungen und für die Vielfalt, die für alle einen möglichst großen Lernerfolg bietet.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Übergänge zwischen den verschiedenen Schulformen über die gesamte Schulzeit frei bleiben, um so jeden Schüler entsprechend seiner individuellen Begabungen und Talente fördern zu können. Wir fordern zudem die finanzielle Gleichstellung aller Schulträger. Aufgrund ihrer grundlegenden Bedeutung hat die Bildung für die FDP politisch und damit auch finanziell Priorität gegenüber anderen Politikfeldern.

Wir wollen den demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt aktiv gestalten. Er bietet große Chancen und vielfältige Perspektiven, wenn wir nur rechtzeitig die richtigen Weichen stellen. Die Bevölkerungsentwicklung in unserem Land weist seit 20 Jahren ganz klar in Richtung einer älter werdenden Gesellschaft mit abnehmender Bevölkerung. Dies gilt es als Chance zu begreifen und durch einen Umbau von Institutionen und Infrastruktur die Potentiale dieser Generation zu nutzen.

Wir stehen für eine Politik der Mitte. Wir haben die zentralen Zukunftsfelder Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Innovation und Infrastruktur klar im Blick. Wir sind überzeugt von den zahlreichen Chancen, die sich unserem Land bieten. Deshalb setzen wir uns mit Leidenschaft für ein starkes, zukunftsfähiges und lebenswertes Sachsen-Anhalt ein. Geben Sie uns Ihr Vertrauen, um unsere Ideen für Sie umzusetzen.

Heimat Sachsen-Anhalt

Nach Jahren des rasanten Auf- und Umbaus in Sachsen-Anhalt stehen die Jahre der Festigung und Sicherung an. Es gilt sich auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens zu besinnen und aus Heimat und Werten neue Kraft für die Stärkung unseres Landes im internationalen Wettbewerb zu schöpfen.

Die CDU-SPD Koalition hinterlässt nach 5 Jahren ein zwangsgegliedertes Land. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung zunehmend für unmündig erklärt und die staatlichen Schutzversprechen als Vorwand für ein zunehmendes Eindringen eines allmächtigen Staates in private Angelegenheiten genutzt. Die FDP ist der Überzeugung, dass ein Gemeinwesen, welches auf Eigenverantwortung, Solidarität und gemeinsamen Zielvorstellungen basiert, die beste Garantie bietet, Probleme zu lösen.

Die Menschen unseres Landes können von der FDP erwarten, dass wir die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben durch qualifizierte Arbeit verbessern und Unternehmen optimale Voraussetzungen bieten.

Das Land lebt seit vielen Jahren über seine Verhältnisse und agiert mit den Geldern unserer Kinder. Nur Ausgaben, die später Rendite erbringen, können so finanziert werden, doch haben die gewählten Abgeordneten immer wieder die Pflicht, Programme auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und Alternativen zu entwickeln. Dies bedeutet nicht Veränderung um der Veränderung willen, aber Bereitschaft, eigene Entscheidungen zu hinterfragen.

Infolge einer Politik des Stillstands und der Staatsgläubigkeit hat sich unter der CDU-SPD Landesregierung der Landesetat weiter aufgebläht, so dass unseren Kindern und Enkeln zunehmend Gestaltungsfreiheit genommen wurde. So genannte „Wohltaten des Staates“ sind häufig nur ein Gängelband für Bürger und Unternehmen.

In einer schrumpfenden Gesellschaft, in der der Anteil älterer Menschen kontinuierlich zunimmt, darf jede Generation nur noch ausgeben, was sie auch selber erwirtschaftet. Deshalb ist es zwingend, dass das Land seinen Haushalt ausgleicht. Zudem hat sich die jetzige Landesregierung gegenüber dem Bund verpflichtet, die aufgelaufenen Schulden jährlich zu reduzieren.

Über allen politischen Entscheidungen steht für die FDP als oberste Maxime, dass der Staat nur das regeln soll, was die Menschen nicht selbst vermögen. Der Staat wird von seinen Bürgern gebildet und es ist nicht einzusehen, warum einige Bürger jenseits des Schreibtisches klüger sein sollen, als viele Bürger diesseits des Schreibtisches.

Die gegenwärtige Koalition aus CDU und SPD in Sachsen-Anhalt hat über repressive Gesetze den Menschen eine Pflichtbeglückung zuteil werden lassen, die ihnen nicht wirklich hilft. Das Kinderschutzgesetz hat keinem Kind geholfen, das Kampfhundegesetz hat keine Beißattacke verhindert und die Zwangseingemeindungen haben nicht für mehr kommunale Entscheidungsfreiheit gesorgt. Parallel dazu hat der wachsende Allmachtstaat durch Steuer- und Abgabenerhöhungen den Menschen Gestaltungsmöglichkeiten genommen.

Zu allen Zeiten war die Familie der Kern und Halt bei der Gestaltung des eigenen Lebens. Die FDP wendet sich gegen weitere Beschneidungen der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Rechts auf Datenschutz, die in diesen Kernbereich eindringen. Die FDP wendet sich auch gegen öffentliche Programme, die zum Ziel haben, die Menschen durch Steuern und Abgaben stärker zu belasten, nur um diese Gelder willkürlich und zu Lasten der Fami-

lien wieder neu zu verteilen.

Heimat wird durch ihre Menschen und nicht durch die jeweilige Regierung geprägt. Dies wird sich umso deutlicher bemerkbar machen, wenn aufgrund abnehmender Besiedlung oder finanzieller Notlagen der öffentlichen Hand, Infrastruktur nur noch mangelhaft unterhalten werden kann. Die FDP fordert hier einen Staat, der unterstützt, aber nicht die Freiheiten der Menschen beschneidet.

Eine Regierungsbeteiligung der FDP in Sachsen-Anhalt wird das Land aus der Lethargie befreien und die Menschen vor weiteren Eingriffen in ihre Freiheitsrechte und vor zusätzlichen finanziellen Belastungen bewahren.

Familie ist Heimat

In Zeiten, in denen Familien von vielen Parteien nur unter demografischen oder steuerlichen Gesichtspunkten betrachtet werden, steht die FDP zu jener ältesten Form des kennenden Zusammenlebens als Kern unserer Gesellschaft. Dabei ist für uns Familie da, wo Kinder sind und Menschen bereit sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen.

Die FDP will eine Politik, die mehr Vertrauen in die Familie setzt und weniger staatliche Bevormundung beinhaltet. Der Staat weiß nicht besser, wie Kinder zu erziehen sind, als die eigenen Eltern.

Aufgabe der Kommunen ist, die Eltern zu unterstützen, aber nicht zu entmündigen. Andererseits ist und bleibt die Kindererziehung nicht nur Recht sondern auch Pflicht der Eltern und kann nicht auf staatliche Institutionen abgewälzt werden.

Zur Unterstützung der Familien und als Stätten der Elementarbildung wird die FDP das Netz der Kindertagesstätten erhalten und die Rahmenbedingungen für innovative Konzepte, wie Öffnungszeiten außerhalb der klassischen Arbeitszeiten, Kopplung an Unternehmen oder -verbände, multilinguale Betreuung und pädagogische Schwerpunktbildung verbessern. Mit uns werden die Kindertagesstätten zu Kompetenzzentren der frühkindlichen Bildung. Die FDP wird einen Schwerpunkt auf die weitere Qualifizierung des Personals der Kindertagesstätten legen und den Mitarbeitern dazu den notwendigen Rahmen schaffen. Dazu gehört die Möglichkeit für Leiter, den Hochschulabschluss zu erreichen, ebenso wie eine weitere Verbesserung der Ausbildung von Erziehern.

Junge Familien erhalten eine Unterstützung des Landes bei der Investition in Wohneigentum, um eine stärkere Bindung an das Land zu erreichen und durch Schaffung von Eigentum Krisen besser zu bewältigen. Die FDP wird im Rahmen einer Familienfreundlichkeitsaktion ein Programm zur Unterstützung von Unternehmen bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit auflegen und im öffentlichen Dienst Familienarbeit bei Karriereentscheidungen positiv berücksichtigen.

Älter werden, Leidenschaft bewahren

Die Bevölkerungsentwicklung in unserem Land weist seit 20 Jahren bei abnehmender Bevölkerung in Richtung einer älter werdenden Gesellschaft. Dies gilt es als Chance zu begreifen und durch den Umbau von Institutionen und Infrastruktur die Potentiale der älteren Generation zu nutzen. Das Zusammenleben von Kindern, Familien und älteren Menschen

wird sensibler werden, andererseits entstehen durch Grenzen der Leistungsfähigkeit staatlicher Hilfesysteme neue Unterstützungsbeziehungen.

Die FDP wird eine Seniorenfreundlichkeitsprüfung einführen. Gerade ältere Menschen sind heute mobiler und zunehmend komplexeren Umfeldern ausgesetzt. Bei abnehmendem Hör-, Seh- und Tastvermögen müssen autozentrierte Bauten oder Zonen, Leiteinrichtungen im öffentlichen Leben und die Barrierefreiheit im Lebensumfeld älterer Mitbürger hinsichtlich des Bedürfnisses nach Mobilität und Sicherheit kritischer beurteilt werden.

Zur Absicherung der Versorgung im ländlichen Raum wird die FDP den Öffentlichen Personennahverkehr auf die Bedürfnisse von Menschen ausrichten, die nicht Auto fahren wollen oder können. Dies erfordert eine Abkehr von einer Verkehrsplanung, die sich nur an den Schulzeiten orientiert, hin zu einer regelmäßigen Erschließung in der Fläche.

Insbesondere ältere Menschen werden heute ehrenamtlich aktiv. Oft füllen sie damit Lücken der staatlichen Infrastruktur oder nehmen Aufgaben wahr, die ansonsten staatlich organisiert werden müssten. Die FDP wird Rahmenbedingungen schaffen, die das Ehrenamt vom Risiko der persönlichen Haftung befreit und es noch attraktiver macht, sich für andere zu engagieren.

Wirtschaft und Verkehr

Während liberale Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt aktiv die Bedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen verbesserten, wird als einzige Maßnahme des CDU-Wirtschaftsministers die Bürgerarbeit in Erinnerung bleiben - eine vollmundige Ankündigung mittels Steuermitteln (Pseudo)-Arbeitsplätze zu schaffen.

Die FDP ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Liberale Wirtschaftspolitik bedeutet mehr unternehmerische Freiheit und Mut zur Innovation. Die FDP in Sachsen-Anhalt wird den Mittelstand wieder ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken, denn er stellt das Rückgrat der heimischen Wirtschaft dar. Dort sind 86% der Beschäftigten im Land tätig und damit ein deutlich größerer Anteil als im bundesdeutschen Durchschnitt (71%). Dort werden neue und gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen. Bürokratieabbau und Deregulierung sind für die FDP zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Die Förderung wachstums-trächtiger Innovationen und die Deckung des Fachkräftebedarfs stellen für die FDP die künftigen Schwerpunkte einer klugen Wirtschaftspolitik dar.

Dabei sieht die FDP für Sachsen-Anhalt die Fokussierung auf wirtschaftliche Schwerpunktcluster - wie Automotive, Informationstechnologie, Chemie/Kunststoffe, Erneuerbare Energie, Biotechnologie, Ernährungswirtschaft, Logistik - als zentrale Aufgabe.

Der konstante und zielgerichtete Ausbau des industriellen Bestandes von Unternehmen in Sachsen-Anhalt ist neben der weiteren Förderung neuer innovativer Technologien der wirtschaftspolitische Schwerpunkt.

Allein Wirtschaftswachstum bedeutet die Chance auf gut bezahlte Arbeit für mehr Menschen und damit die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von staatlichen Transfers zu führen. Wirtschaftswachstum gibt Raum für Steuersenkungen und erhöht gleichzeitig die Steuerkraft der Menschen und Unternehmen. Es bildet somit die Grundlage für eine verlässliche Finanzierung staatlicher Leistungen und ermöglicht es, unsere Heimat lebenswerter zu gestalten.

Beruf und Bildung in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt droht in den nächsten Jahren ein massiver Mangel an gut ausgebildeten Facharbeiternachwuchs. Neben Abwanderung und Geburtenrückgang ist der unterschätzte Haupt- und Realschulabschluss eine Ursache dafür.

Die Ausbildung im Dualen System stellt auch zukünftig den Kern der Qualifizierung junger Menschen dar. Insbesondere die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze ist in Sachsen-Anhalt noch zu gering und wird durch bürokratische und starre Regelungen, hohe Sachkosten, zusätzliche Gebühren und Abgaben sowie Übernahmeverpflichtungen nach der Beendigung der Ausbildung, aber auch in einigen Fällen durch zu hohe Ausbildungsvergütungen in ihrem Ausbau erschwert. Die FDP wird alle Tarifpartner unterstützen, Anreize für zusätzliche Ausbildungsplätze und neue Ausbildungsmodelle zu schaffen, um die Kosten der Berufsausbildung zu senken und die Flexibilität zu erhöhen.

Die FDP setzt sich für ein "Bausteinprinzip" der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung ein, in dem in zweijähriger Berufsausbildung vermittelte Basisberufe ebenso einen Platz haben, wie die mit dreijähriger Ausbildung. Kritisch sieht die FDP die ständige Ausweitung des Berufsvorbereitungsjahres, dessen Teilnehmerzahl sich in den letzten 5 Jahren verdoppelt hat. Hier sind Ausbildungsformen mit stärkerer Praxis in Unternehmen zielführender als eine weitere Beschulung.

Die berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt müssen sich einem Qualitätsvergleich stellen. Dazu sind die Gastschulbeiträge abzuschaffen und durch eine Landesfinanzierung zu ersetzen. Parallel dazu eröffnet die FDP den Schülern eine freie Wahl der jeweiligen Bildungseinrichtung. Bei Bedarf sollte auch in Sachsen-Anhalt die Gründung von Berufsakademien ermöglicht werden. Die FDP setzt dabei auf Lösungen mit Freien Trägern und den gewerblichen Kammern.

Die Perspektiven des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung über den beruflichen Bildungsweg müssen verbessert werden. Dazu wird die FDP diesen Erfolgsweg stärker bewerben und die Fachoberschulen und Gymnasien überregional öffnen.

Um die internationale Chancengleichheit der im deutschen dualen System Ausgebildeten mit vergleichbaren Qualifikationen und Zertifikaten sicherzustellen, muss eine faire und angemessene Zuordnung in die europäischen Niveaustufen des Europäischen Qualitätsrahmens (EQF) erfolgen. Grundsätzlich muss es möglich sein, formell oder informell erworbene Qualifikationen auf eine systematische Kompetenzentwicklung anrechnen zu können, ganz gleich wie und in welchem EU-Mitgliedsstaat sie erworben wurden.

Zur Reduzierung der dramatisch hohen Ausbildungsabbrecherquote bei abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von 20 Prozent in Sachsen-Anhalt wird die FDP die Schulpraktika zur Berufsorientierung und die verstärkte Thematisierung der Berufswahl im Unterricht an allgemeinbildenden Schulen ausweiten. Eine an die lokale Arbeitsagentur und die Kammern angeschlossene „Ausbildungsbrücke“ als Schieds- und Beratungsstelle bei Problemen zwischen Ausbildungsbetrieb und Auszubildenden soll eingeführt werden. Das Interesse am Berufs- und Arbeitsleben ist durch eine kontinuierliche Förderung von entsprechenden Neigungen der Schüler bereits in der Grundschule zu entwickeln und zu stärken. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in unserer Gesellschaft wird sich die Anzahl der Schulabgänger weiter verringern, so dass Schulen, die eine gezielte berufliche Orientierung unterstützen, auf lange Sicht einen Wettbewerbsvorteil haben werden.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Weiterbildung und lebenslanges Lernen werden häufig noch unterschätzt. Aufgrund der sich immer schneller ändernden Rahmenbedingungen des individuellen Arbeitsumfeldes kann nur die lebenslange Weiterbildung auch auf Dauer für den Einzelnen Chancen am Arbeitsmarkt erhalten. Die Weiterbildung des Einzelnen entwickelt durch die erreichte Verbreiterung des Fachkräftepotenzials einen gesamtgesellschaftlichen Zusatznutzen. Deshalb muss dieser Bereich der Bildung ausgebaut werden.

Dabei gilt es, die vorhandenen Bildungsinfrastrukturen auch für Weiterbildungen und lebenslanges Lernen umfassender als bisher in Anspruch zu nehmen. Neben Volkshochschulen, Bildungswerken und Fachschulen sind insbesondere auch die Kapazitäten und der Wissensvorsprung von Fachhochschulen und Universitäten für die Weiterbildung zu nutzen und auf diesem Weg enger mit dem Wirtschaftsleben zu verzahnen. So können Innovationspotenziale schneller und effizienter umgesetzt werden. Die FDP unterstützt die verstärkte Einführung von berufsbegleitenden Masterstudiengängen.

Vernünftige Arbeitsmarktpolitik heißt Fachkräftebedarf decken

Der entscheidende Faktor für einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt liegt in der Lösung des Problems des sich abzeichnenden Fachkräftemangels. Durch diesen Mangel werden Menschen, die bislang kaum Möglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, neue Chancen bekommen. Zielgerichtete Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen versprechen in größerem Umfang als bisher einen nachhaltigen Erfolg, d. h., die dauerhafte Integration der Betroffenen in den ersten Arbeitsmarkt. Zwingende Voraussetzung bleibt jedoch auch bei jedem Einzelnen die persönliche Bereitschaft und die Fähigkeit, Neues zu lernen.

Wesentlich für die Bereitschaft zur Aufnahme von Arbeit ist die Chance, durch eine Erwerbstätigkeit mehr zu verdienen als durch staatliche Transferzahlungen. Deshalb wird die FDP auf die Einhaltung des Lohnabstandsgebotes bei Unterstützungsmaßnahmen achten und das Prinzip Fördern und Fordern durch niedrigere Einstiegsbarrieren in den ersten Arbeitsmarkt weiter ausbauen. In diesem Zusammenhang wird die Einführung von staatlich festgelegten flächendeckenden Mindestlöhnen deutlich abgelehnt. Sie stellen eine zusätzliche Einstiegsbarriere, insbesondere für die Langzeitarbeitslosen, dar, gefährden bestehende Arbeitsplätze, bieten Anreize zu Schwarzarbeit und schaffen unnötige Bürokratie.

Zudem gilt es, ältere Bürger, die länger arbeiten wollen, auch länger arbeiten zu lassen. Es ist volkswirtschaftlich nicht vertretbar, den Erfahrungsschatz von älteren Arbeitnehmern und Selbständigen, die bei bester Gesundheit sind, nicht zu nutzen. Hierbei sind flexible Lösungen gefragt, die es den Menschen ermöglichen, in freier Entscheidung ihre Rentenansprüche ab einer gewissen Zahl von Beitragsjahren geltend zu machen und umfassendere Hinzuverdienstmöglichkeiten zu nutzen.

Die FDP tritt für Flexibilisierungen der Arbeitsmarktgesetzgebung ein, um die Einstellungsbarrieren abzusenken. Derartige Maßnahmen erhöhen nicht nur die Chancen Langzeitarbeitsloser, wieder eine reguläre Beschäftigung zu finden. Sie würden auch dazu beitragen, negative Auswüchse in der Leiharbeitsbranche einzudämmen. Damit könnte sich die Leiharbeitsbranche auf ihre Kernkompetenz konzentrieren, nämlich die flexible Abdeckung vorübergehender Auftragsspitzen.

Innovationen – die Chance für Sachsen-Anhalt

Ein Hochlohnland wie Deutschland kann sich im internationalen Wettbewerb nur behaupten, wenn seine Unternehmen immer wieder neue Spitzenprodukte entwickeln. Die FDP wird die einzelbetriebliche Innovationsförderung und Forschungskooperationen zwischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen in Sachsen-Anhalt noch energischer als bisher vorantreiben.

Wissenschaft und Forschung werden als entscheidende Wirtschaftsfaktoren betrachtet, denn als Basis für Innovationen stellen sie in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland die entscheidenden Triebfedern des wirtschaftlichen Wachstums dar.

Besonders außeruniversitäre Forschungseinrichtungen als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft müssen weiter gestärkt werden. Die Zuständigkeit für diese Institutionen ist dem Wirtschaftsministerium zu übertragen.

Die FDP wird vor allem Investitionen in innovativen Technologien, bei denen Sachsen-Anhalt bundesweit eine führende Position besitzt, stärker fördern.

Dazu gehört auch die Biotechnologie einschließlich der Grünen Gentechnik. Die Forderung der führenden deutschen Wissenschaftsorganisationen nach einer „neuen Politik in der Grünen Gentechnik“ zeigt, dass das Abwürgen der Biotechnologie-Offensive durch die schwarz-rote Landesregierung ein schwerer Fehler war, der korrigiert werden muss.

Zugleich müssen auch in anderen innovativen Bereichen Forschungsvorhaben wesentlich wirkungsvoller als bisher unterstützt werden, etwa im Bereich der Energiespeicherung oder der Nanotechnologie.

Die europäische Union und der Bund werden ihre Mittel für die Wirtschaftsförderung künftig drastisch zurückfahren. Anschluss- und Übergangslösungen stellen für die FDP langfristig keine Strategie dar, weshalb die FDP sich nur noch für eine Übergangsphase einsetzt.

Die Vielzahl an Förderprogrammen muss gestrafft werden, um kleinteilige und unwirksame Förderungen zu vermeiden. Die verfügbaren Mittel werden schwerpunktmäßig und zielgerichtet im Bereich der Innovationsförderung eingesetzt.

Für Innovationsvorhaben sollen Mischfinanzierungen möglich sein, bei denen Zuschusszahlungen durch zinsgünstige Darlehen aufgestockt werden. Der Zuschuss soll dabei umso höher ausfallen, je innovativer das Vorhaben und je forschungsintensiver das zu fördernde Projekt ist. Zudem müssen kleine und mittlere Unternehmen grundsätzlich eine stärkere Fördergewichtung als Großunternehmen genießen.

Betriebliche Investitionen sollen künftig vorrangig über zinsgünstige Darlehen gefördert werden.

Wertschätzung des Handwerks

Die FDP sieht im Handwerk auch zukünftig einen bedeutenden Leistungsträger im Land, als Arbeitgeber und Ausbilder, als verlässlicher Steuerzahler und als engagierter Träger des Ehrenamts im sozialen und kulturellen Umfeld.

Durch Verwaltungsvereinfachung, klare Rechtssetzung und den Schutz des Handwerks vor Schwarzarbeit schafft die FDP mehr unternehmerische Freiheit und eine stärkere politische und gesellschaftliche Anerkennung. Damit die angespannte Liquiditätslage kleiner

und mittlerer Unternehmen verbessert wird, sollen Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 3 Millionen Euro die Möglichkeit erhalten, die Umsatzsteuer nicht schon mit Rechnungslegung, sondern erst bei tatsächlichem Zahlungseingang an das Finanzamt abzuführen.

Zur Verbesserung der Möglichkeiten der Erlangung eines höheren Abschlusses wird die FDP die Rahmenbedingungen zur Meisterausbildung verbessern. Gerade im Bereich des Handwerks und der industriellen Fertigung bedarf es einer Führungselite, die ihre fachlichen und ökonomischen Kenntnisse an künftige Generationen weiterträgt und eigene Unternehmen gründet.

Die FDP ist sich des Problems sehr bewusst, dass Handwerksbetriebe weitgehend von der Innovationsförderung ausgeschlossen sind. Sie wird deshalb auf eine Verbesserung dieser Situation hinwirken.

Eine weitere Schwierigkeit vieler Handwerksbetriebe besteht in der oftmals fehlenden Unterstützung durch die Finanzinstitute. Um dieses Problem im Sinne der Handwerker zu lösen, wird die FDP Rechtssicherheit für direkte Einlagen und Leihen an Betriebe ohne weitergehende Haftung für den Geldgeber schaffen. Dies schafft zusätzlich zu konventionellen Bankfinanzierungen die Möglichkeit eines Quasi-Privatkredits zwischen Unternehmen. Dieser Quasi-Privatkredit soll durch die Investitionsbank des Landes bankenrechtlich begleitet werden.

Mehr Engagement für die Tourismuswirtschaft als Wachstumsbranche

Als Kernregion deutscher Geschichte und Region mit äußerst attraktiven Kultur- und Naturlandschaften ist unsere Heimat Sachsen-Anhalt für Millionen Menschen aus dem In- und Ausland immer anziehender. Mit den vier UNESCO-Welterbestätten (Luthergedenkstätten Wittenberg und Eisleben, Quedlinburg, Bauhaus Dessau und Wörlitzer Gartenreich) sowie den vier unter Federführung liberaler Wirtschaftsminister realisierten touristischen Markensäulen „Straße der Romanik“, „Blaues Band“, „Gartenträume“ und „Himmelswege“ sind exzellente Voraussetzungen für eine erfolgreiche Marketingarbeit geschaffen worden.

Statt die erfolgreiche Tourismusstrategie fortzusetzen, hat die schwarz-rote Landesregierung etablierte Strukturen zerschlagen und durch kurzatmige Projekte die Marketingarbeit des Landes verschlechtert. Die FDP setzt sich für eine Konzentration der Marken ein.

Deshalb wird die FDP zur optimalen Erschließung aller touristischen Potenziale unseres Landes die privaten und öffentlichen touristisch engagierten Organisationen und Institutionen in einer schlagkräftigen Tourismus-Marketingorganisation bündeln (entsprechend der Agrarmarketinggesellschaft), um Tourismus-Strategie und Vertrieb in Sachsen-Anhalt wieder aufeinander abzustimmen. Zudem sollten bei der Vermarktung alle neuen technologischen Möglichkeiten genutzt werden, die dazu beitragen können, potenziellen Besuchern von Sachsen-Anhalt umfassende Angebote zu unterbreiten. Dies soll auch durch eine stärkere Verknüpfung der Marketingorganisation mit kulturellen Institutionen sowie zentralen Veranstaltungsportalen ermöglicht werden.

Konsequente Vollendung wichtiger Infrastrukturvorhaben, aber keine Erschließung von Industriegebieten ohne Bedarf

Die zentrale Lage Sachsen-Anhalts in Europa ist ein wichtiger Standortvorteil. Der überregionale Verkehrswegeausbau spielt für die Erreichbarkeit und den Gütertransport eine überragende Rolle. Deshalb müssen folgende Verkehrsvorhaben zügig und konsequent

umgesetzt werden: Nordverlängerung der A 14, westlicher Autobahnring um Halle (A 143), Weiterführung der B6n von Bernburg bis zur A 9, Verlängerung der A71 und der Bau des Saale-Seitenkanals.

Bei unabdingbaren Verkehrsvorhaben wird die FDP sich für eine Vorfinanzierung mit Landesmitteln einsetzen, wenn der Bund zu lange zögert.

Zentrale Verkehrsprojekte werden durch Klagen häufig verzögert oder blockiert. Die FDP stellt die Rechte der Bürger nicht in Frage, sondern sieht die Genehmigungsbehörden in der Pflicht, qualitativ hochwertige Entscheidungen zu treffen, die einer gerichtlichen Überprüfung standhalten. Die Gerichte müssen in der Lage sein, schnelle Verfahren zu führen, um das Baurecht wieder aufleben zu lassen oder Fehlern abzuwehren.

Die landesweite Verfügbarkeit schneller Internetanschlüsse sichert Teilhabe und stellt für die Unternehmen einen entscheidenden Standortfaktor dar. Deshalb gilt es, eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen sicherzustellen. Die Breitbandversorgung muss durch attraktive Rahmenbedingungen für private Investoren vorangetrieben werden. Dazu gehören auch schnelle Genehmigungen und geringe Sondernutzungsgebühren.

Die von der CDU-SPD Landesregierung angeschobene Erschließung von Industriegebieten ohne ansiedlungswillige Betriebe wird es mit der FDP nicht mehr geben. Zuerst müssen die vielen bereits erschlossenen Industrie- und Gewerbegebiete ausgelastet werden. Dies ist aus Kostengründen dringend geboten und verhindert einen weiteren Verbrauch wertvoller landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Die im Haushaltsbegleitgesetz 2010/11 gefasste Entscheidung, den Grunderwerbssteuersatz von 3,5% auf 4,5% ab dem 01.03.2010 zu erhöhen, wird in einer zukünftigen Regierung mit der FDP revidiert. Durch den Erwerb von Eigentum wird eine stärkere Bindung an unser Land erreicht, der demographische Wandel durch Wegzug gestoppt und die steuerliche Belastung gerade für Bürger und Bürgerinnen beim Immobilienerwerb gesenkt.

Energie – preiswert, sauber und sicher

Die Sicherstellung einer bezahlbaren und zuverlässigen Energieversorgung liegt nicht nur im Interesse des einzelnen Bürgers, sondern ist auch Bestandteil intelligenter Wirtschaftsförderung. In diesem Kontext muss der Energieeffizienz eine hohe Priorität als Bestandteil energiepolitischer Maßnahmen eingeräumt werden.

In Sachsen-Anhalt spielen die erneuerbaren Energien eine bedeutende Rolle. Die Dominanz der Windenergie und das Wachstum der Einspeisung von hoch subventioniertem Solarstrom haben jedoch dazu geführt, dass in Sachsen-Anhalt die Strompreise überdurchschnittlich hoch sind. Deshalb sind im Bereich der erneuerbaren Energien zukünftig mehr Augenmaß und Realitätssinn gefragt. So muss statt der Ausweisung neuer Standorte die Leistungserhöhung bestehender Anlagen (Repowering) Priorität besitzen. Eine nachträgliche Ausweisung von Vorrang- bzw. Eignungsgebieten, wie im Landesentwicklungsplan 2010 vorgesehen, wird jedoch von der FDP abgelehnt.

Die Dominanz der erneuerbaren Energien und das berechnete Interesse an einer gesunden Entwicklung dieser Zukunftsbranche dürfen nicht zu Fehlentwicklungen führen. Für die FDP steht deshalb fest, dass infrastrukturell gut erschlossene Standorte für Industrieansiedlungen und landwirtschaftlich genutzte Flächen für die Errichtung von Photovoltaik-freiflächenanlagen nicht zur Verfügung stehen.

Um die Grundlastfähigkeit der hiesigen Energieerzeugung sicherzustellen, wird ein ideologiefreier Energiemix angestrebt. Dies beinhaltet auch ausdrücklich den Ersatz alter Kohlekraftwerke durch neue effizientere und die weitere Nutzung der heimischen Braunkohle.

Um erneuerbare Energien zu einer jederzeit verfügbaren Energiequelle zu machen, brauchen wir völlig neue Formen der Energiespeicherung. Dringend notwendig ist daher, eine technische Möglichkeit zu schaffen, den Strom aus den regenerativen Energiequellen zu speichern und damit grundlastfähig zu machen.

Fördermittel im Bereich erneuerbarer Energien sollen auf Forschung und Entwicklung, z. B. auf leistungsstarke Speichertechnologien, virtuelle Kraftwerke und intelligente Netze konzentriert werden, um die Anwendungsmöglichkeiten und Kostenneutralität der regenerativen Energien zu verbessern.

Bildung - Grundlage unserer Zukunft

Bildung entscheidet über die Lebenschancen jedes Einzelnen genauso, wie über das Wohlergehen unserer Gesellschaft insgesamt. Sie ist die Voraussetzung für ein erfülltes Leben, soziale Teilhabe und individuellen sozialen Aufstieg. Deshalb ist Bildung für die FDP ein Bürgerrecht.

Bildung hat für die FDP politisch und damit auch finanziell Priorität gegenüber anderen Politikfeldern.

Alle Investitionen in Bildung sichern die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und fördern gesellschaftliches Engagement und Integration.

Für die FDP steht die Bildungsbiografie jedes einzelnen Kindes im Blickpunkt, dessen Potenziale erkannt, kompetent begleitet und gefördert werden müssen. Kindern und Jugendlichen muss vermittelt werden, dass es sich lohnt, sich ein Leben lang Wissen anzueignen und Methoden zu beherrschen, dieses Wissen kompetent anzuwenden.

Grundlegende Prinzipien eines liberalen Bildungssystems in einer Bildungsgesellschaft sind Eigenverantwortung, Autonomie und Wettbewerb um die besten Konzepte.

Vorschulische Erziehung in Sachsen-Anhalt

Die ersten Lebensjahre eines jungen Menschen schaffen die Grundlage für seine weitere Entwicklung. Die FDP setzt auf die Kompetenz und Verantwortung der Eltern. Wir werden aber auch sicherstellen, dass Kinder, deren Eltern ihnen nur im begrenzten Umfang den Zugang zu Bildungsinhalten vermitteln können oder wollen, ein entsprechendes Angebot erhalten.

Bildungszugang darf in Sachsen-Anhalt nicht vom Elternhaus abhängen. Neben der klassischen Einrichtung der Kindertagesstätten in einer Vielfalt von Trägerschaften ist das Modell der Tagesmütter und -väter getreten.

Bei der Betreuung der älteren Kinder in der Kindertagesstätte wird eine umfangreichere Vermittlung der Elementar-Bildungselemente durch die Erzieher erforderlich. Dazu bedarf es eines hohen fachlichen Niveaus der Erzieher. Die Qualifizierung des Fach- sowie des Führungspersonals in den Kindertageseinrichtungen ist deshalb eine bildungspolitische Schlüsselaufgabe. Die FDP wird mittelfristig eine Fachhochschulausbildung für das Leitungspersonal unterstützen.

Die FDP wird Strukturen schaffen, die Entwicklungsdefizite realistisch früh feststellen und wird die Möglichkeiten verbessern, diese Defizite aufzuholen. Dazu gehört auch die Verbesserung der Qualität der Sprachtests.

Es geht bei der elementaren Bildung in den Einrichtungen der Kinderbetreuung um die Vermittlung von Grundkompetenzen für einen erfolgreichen Schulstart. Deshalb strebt die FDP, beginnend mit dem letzten Jahr vor der Einschulung, den schrittweisen Verzicht auf Elternbeiträge für das Grundangebot der Kindertageseinrichtungen an. Kern unserer Bemühungen ist jedoch vorrangig die Verbesserung der Betreuungsqualität. Die Kooperation von Kindertagesstätte und Grundschule soll auf hohem Niveau weitergeführt werden.

Schule

Die Schule ist neben der Familie und dem sozialen Umfeld der zentrale institutionelle Akteur für die Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten. Das liberale Bildungsziel ist die freie und gleiche Förderung aller Kinder. Dabei werden Leistungsstarke gefordert und Leistungsschwache und Benachteiligte gefördert. Elitenbildung und Maximalförderung sind für die FDP Bestandteil einer ausgewogenen Bildungslandschaft. In den Schulen wird nach modernen pädagogischen Prinzipien in Verantwortung der Lehrer ein positiver Leistungsgedanke vermittelt.

Grundsätzlich hält die FDP an der sachsen-anhaltischen Struktur des gegliederten Schulsystems nach der vierjährigen Grundschule fest. Die Stärke des begabungsgerechten Bildungssystems ist es, dass die Schüler nach dem Besuch der Grundschule jene weiterführende Schule besuchen, die ihren jeweiligen Fähigkeiten, Neigungen und Interessen am besten entspricht. Im differenzierten Schulangebot ist die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schularten und -typen Grundvoraussetzung für die Gestaltung individueller Bildungswege. Dabei sorgen wir dafür, dass die Übergänge zwischen den verschiedenen Schulformen über die gesamte Schulzeit frei bleiben, um so jeden Schüler entsprechend seiner individuellen Begabungen und Talente fördern zu können. Für die FDP sind die Schulformen dabei gleichberechtigt und gleich notwendig.

Die FDP sieht in den gesunkenen Schülerzahlen in Sachsen-Anhalt eine Chance zur Qualitätssteigerung der Bildung. Dabei ist das günstige Betreuungsverhältnis zu erhalten.

Motivierte und qualifizierte Lehrer sind das wichtigste Element für eine gute Schule. Die Stärkung der Position und die leistungsgerechte Entlohnung sind wichtige Ziele.

Die Leistung der Schule muss anhand nachvollziehbarer Qualitätsmerkmale beurteilt werden können. Alle Schulen, unabhängig von der Trägerschaft, müssen sich einer regelmäßigen schulinternen Qualitäts- und einer Leistungsüberprüfung durch unabhängige Qualitätssicherungsinstitute stellen. Die Ergebnisse dieses Schulrankings sind regelmäßig zu veröffentlichen.

Die FDP ist sich der Existenz von Schulen mit intensiven sozialen und gesellschaftlichen Problemen bewusst. Nichts ist für ein ansprechendes Lernumfeld destruktiver als seelische und körperliche Gewalt. Die FDP plädiert daher für betreute Mediatorenprojekte, den verstärkten Einsatz von Schulpsychologen und Sozialarbeitern, entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen und Selbsthilfeangebote. So soll ein Schulumfeld geschaffen werden, das die individuelle Entfaltung der Persönlichkeit fördert und zu Diskurs und Toleranz anregt.

Die Zusammenarbeit von Eltern, Schülern und Schulen muss vertieft werden. Nur wenn hier eine enge und vertrauensvolle Kooperation stattfindet, können Schüler auch individuell mehr gefördert und gefordert werden.

Dem Konzept der Ganztagschule steht die FDP bei allen Schulformen offen gegenüber. Es sind hier jedoch alternative Schulen anzubieten, bzw. ist es zu ermöglichen, das Nachmittagsangebot der Ganztagschule so zu gestalten, dass Kindern, die daran nicht teilnehmen, daraus kein zwingender Nachteil im Bereich des regulären Unterrichts erwächst.

Statt einer Nichtversetzung sollen Schüler mit erkannten Schwächen in einzelnen Fächern frühzeitig durch den Besuch von Förder-, Wochenend- und Ferienkursen die Chance erhalten, ihre Defizite auszugleichen.

Grundschule bis Klasse 4

Die ersten Schuljahre entscheiden über die Leistungs- und Lernbereitschaft der Kinder, aber auch über das Vertrauen der Eltern in die Schule und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Lehrern. Die Grundschule hat bei der Betrachtung des gesamten Bildungsprozesses deshalb eine besondere Bedeutung. Im Grundschulbereich müssen die Klassengrößen auf das gesteigerte Betreuungsbedürfnis Rücksicht nehmen.

Die FDP ist der Ansicht, dass an der Grundschule die Fokussierung auf die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen oberste Priorität hat. Um Begabungen und Talente, insbesondere für die Eltern, von Anfang an klar zu benennen, sind Schulnoten ab Schulbeginn sinnvoll. Bei besonderen pädagogischen Konzepten der jeweiligen Schule sind Ausnahmen möglich. Bis Klasse 4 ist es vor allem für die Schüler hilfreich, die Schulnoten durch eine individuelle textliche Beurteilung auf dem Zeugnis zu ergänzen.

Die Grundschule endet mit einer qualifizierten Schullaufbahneempfehlung zum Übergang in die Sekundarstufe. Ein wichtiges Kriterium sind zentrale Klassenarbeiten.

Hochbegabte Kinder werden in unseren Grundschulen nicht selten unterfordert, weil ihre Fähigkeiten nicht erkannt werden. Lehrer müssen in die Lage versetzt werden, Hochbegabungen zu erkennen und hochbegabte Schüler kompetent zu begleiten.

Weiterführende Schulen

Die differenzierten Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur bieten leistungsorientierte Bildungsangebote, die aufeinander aufbauen.

Für die FDP sind die Sekundarschulen das zentrale Element der schulischen Bildung. Sekundarschulen müssen ein auf Lebenswelt- und Praxisbezug ausgerichtetes pädagogisches Konzept mit einer stärkeren Verbindung zu den Berufsschulen entwickeln.

Es werden die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Durchlässigkeit in allen Jahrgangsstufen erhöht werden kann, beispielsweise durch eine Beratung nach jedem Schulhalbjahr der Klassen 5 und 6, danach mit jeder Versetzungsentscheidung. Der Wechsel muss durch die gezielte Förderung in der aufnehmenden Schule auch praktisch erleichtert werden.

Das Gymnasium als ein Bildungsgang im gegliederten Schulsystem, der Schülerinnen und

Schülern eine allgemeine Bildung mit dem Ziel vermittelt, die Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben, steht für die FDP gleichberechtigt neben den weiteren Angeboten. Die FDP wird die Stärkung der Kernfächer in der gymnasialen Oberstufe weiterführen.

Die FDP Sachsen-Anhalts bekennt sich zum Bildungsföderalismus, gleichwohl sind die Kultusminister der Länder aufgefordert, die Vergleichbarkeit aller Abschlüsse sicherzustellen.

Die FDP Sachsen-Anhalts setzt in der Bildungspolitik auf eine Kooperation zwischen dem Bund und den Ländern. Das im Grundgesetz festgeschriebene Kooperationsverbot des Bundes mit den Ländern in der Schulpolitik muss fallen. Erst so lassen sich die Probleme der Bildungsfinanzierung und Umsetzung bundeseinheitlicher Bildungsstandards und Abschlüsse lösen. Wir machen uns stark für ein Deutschlandabitur.

Die Beratungsstelle Hochbegabung, angebunden an eine Hochschule, ist dafür verantwortlich, ein Netzwerk für Eltern, Erzieher und Lehrer zum Erkennen und Fördern begabter Kinder und Jugendlicher auszubauen.

Junge Menschen müssen kompetent darauf vorbereitet werden, eigenverantwortlich und verantwortungsbewusst ihre Rechte und Pflichten im Wirtschaftsleben wahrzunehmen. Der praxisnahe Unterricht ist weiter auszubauen. Verbindliche Kooperationsvereinbarungen zwischen Schulen und Unternehmen helfen dabei, stabile Kooperationsbeziehungen mit Leben zu erfüllen.

Förderschulen in Sachsen-Anhalt

Die Quote von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Sachsen-Anhalt gehört mit fast 9 % zu den Höchsten in der Bundesrepublik Deutschland.

2009 trat auch für die Bundesrepublik Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Damit ist die inklusive Bildung und Erziehung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf als Ziel der Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt für die nächsten Jahre vorgegeben.

Aktuell beklagen Eltern, Lehrer und Schüler in Sachsen-Anhalt, dass Lehrer in der Aus- und Fortbildung noch unzureichend auf die inklusive Bildung und Erziehung vorbereitet sind. Eltern fühlen sich häufig nicht ausreichend informiert und ihre Interessen zu wenig berücksichtigt. Die qualitativ hochwertige Arbeit der Förderzentren und der Förderschulen wird zurzeit öffentlich kaum anerkannt.

Blinde, gehörlose oder geistig behinderte Kinder benötigen einen speziellen Unterricht, den nicht jede Regelschule leisten kann. Eltern haben auch negative Erfahrungen mit dem gemeinsamen Unterricht gemacht.

Die FDP wird dem Wunsch von Eltern und Verbänden nachkommen, für behinderte Kinder eine echte Wahlfreiheit ohne Kostenvorbehalt zwischen Förderschule und Regelschule umzusetzen.

Die FDP garantiert das uneingeschränkte Wahlrecht auf die Schulform für Behinderte bzw. deren Sorgeberechtigte. Für die FDP stehen die Bedürfnisse und speziellen Interessenlagen des Behinderten im Mittelpunkt. Dazu gehören die Erhaltung von Förderschulen für Sehbehinderte, Gehörlose, schwer Geistigbehinderte und schwer Körperbehinderte als alternatives Angebot sowie temporäre Angebote an besonderen Lernorten für stark lern- und verhaltensauffällige Kinder.

Inklusive Bildung kann nur gelingen, wenn weiterhin das gut ausgebaute System der Förderzentren als Beratungs- und Unterstützungssysteme und zur Qualitätssicherung zur Verfügung steht.

An den Regelschulen müssen Bedingungen für die inklusive Bildung ausgebaut werden. Dazu gehören unter anderem barrierefreie Schulgebäude, die Qualifizierung des Lehrpersonals, die Bereitstellung von speziellen Lehr- und Lernmitteln und die notwendige Assistenz durch zusätzlich Mitarbeiter. Dies wird nicht ohne einen finanziellen Mehraufwand möglich sein.

Inklusive Bildung und Erziehung wird von der FDP als langfristiger Prozess mit dem Ziel der Teilhabe, der Integration, der Prävention und der Wahrnehmung vorübergehender spezieller Angebote in Förderzentren verstanden.

Schulorganisation

Die FDP will die Qualität des Bildungswesens in Sachsen-Anhalt dadurch weiter verbessern, dass die einzelnen Einrichtungen mehr Autonomie und mehr Gestaltungsfreiheit erhalten. Sie brauchen das Recht der Selbstverwaltung, größere Mitsprache bei der Personalauswahl sowie mehr pädagogische und finanzielle Eigenverantwortung.

Die FDP verändert die Praxis der Schulentwicklungsplanung und garantiert ein öffentlich finanziertes Schulnetz mit freier Schulwahl. Die Öffnung der Schuleinzugsgebiete ist Voraussetzung für die freie Schulwahl.

Die Leistungsfähigkeit der Schulen wird heute mittels externer Evaluation durch die Schulaufsicht mit Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten sowie vor allem durch mindestens teilzentrale Aufgabenstellungen in den Prüfungen bei Schulabschlüssen sichergestellt. Diese Instrumente sind durch ein öffentliches Schulranking zu ergänzen, das Qualitäten und Erfordernisse aufzeigt. Die Ergebnisse sind öffentlich und helfen Eltern und Schulträgern bei der Bewertung der Anstrengungen der Schulen, Bildung zu vermitteln.

Ersatz- und Ergänzungsschulen bereichern die Schullandschaft vielfach durch innovative pädagogische Ansätze, und sie erweitern die Wahlmöglichkeiten der Eltern. Schon heute besteht eine steigende Nachfrage.

Hinsichtlich der finanziellen Förderung, Beaufsichtigung und Evaluierung sind alle Schulträger gleich zu behandeln. Land und Kommunen sollen interessierte freie Träger beispielsweise durch aktive Beratung im Gründungsprozess unterstützen.

In der Verantwortung des Staates liegt es, ein flächendeckend ausgewogenes Angebot entsprechend dem Grundgesetzauftrag und einen optimalen Schülertransport zu gewährleisten.

Für die FDP werden die Schulleiter die Verantwortung für die pädagogische Qualität und die Entwicklung der Schule tragen. Sie werden Dienstvorgesetzte der Lehrer und Manager der Schulen.

Fortbildung ist für alle im Bildungsbereich Tätigen verpflichtend, unabhängig vom Schulträger.

Die fortschreitende Veränderung der Rolle des Staates gegenüber Hochschulen und Schulen muss auch bei der Neuordnung der Lehrerbildung und -anstellung berücksichtigt

werden. Die Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt wird an die europäische Standardisierung im Zuge des Bologna-Prozesses angepasst und bereits in ihrer ersten Phase mit einem höheren Praxisanteil versehen werden. Dabei wird die Fachlichkeit nicht vernachlässigt. Das Lehramt für die Grundschulen wird im Zuge dessen aufgewertet.

Das Lehramtsstudium an den Hochschulen sollte mit einer europaweit anerkannten Hochschulprüfung abschließen und das Staatsexamen obsolet machen.

Die Kompetenz der Hochschulen bei Konzeption und Angebot der entsprechenden Studiengänge wird im Rahmen notwendiger staatlicher Rahmenseetzungen und Zielvereinbarungen ausgebaut.

Neben der staatlichen Finanzierung, die die Aufgaben der Bildung im vollen Umfang sicherstellt, ist Schulsponsoring möglich. Jede Schule hat jährlich ihre Finanzierung öffentlich zu machen.

Wissenschaft und Forschung

Hochschulen und Wissenschaft

Sachsen-Anhalt besitzt mit seinen Universitäten, Hochschulen sowie den universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein beachtliches Potenzial zur Entwicklung der Innovationsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft. Sie spielen eine Schlüsselrolle für die Landesentwicklung, ihre Förderung erfordert zukünftig größere Anstrengungen. Die FDP setzt dabei auf eine hervorragende Ausbildung des Nachwuchses, auf Forschung und auf enge Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft.

Mit der FDP erhalten die Universitäten und Fachhochschulen in allen Bereichen ein hohes Maß an Autonomie und Entscheidungsfreiheit, verbunden mit einer Stärkung der Leitungsgremien. Zwischen Land und Hochschulen werden schlanke Zielvereinbarungen über ihr Leistungsspektrum und ihre wesentlichen Entwicklungsziele und Angebotschwerpunkte für eine Legislaturperiode abgeschlossen. Das Humboldt'sche Prinzip der Einheit von freier Lehre und freier Forschung ist Grundlage des universitären staatlichen Hochschulangebotes.

Die FDP wird den Hochschulen die Bauherreneigenschaft übertragen und eine langfristig verbindliche Finanzierung des dringenden Aus- und Neubaubedarfs absichern.

Eine Kernaufgabe der Hochschulen ist die exzellente Lehre, hierzu sind geeignete Leistungsanreize zur Umsetzung des Prozesses zu setzen. Die Ziele des Bologna-Prozesses, die Förderung von Mobilität, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit, sind richtig und wichtig. Die FDP will dies weiter vorantreiben und die Umsetzung und Akzeptanz optimieren. Die Universitäten sollen Zukunftskonzepte für exzellente Lehre erarbeiten und Fortschritte bei der Verbesserung von Studium und Lehre als Kernfaktor bei der Studentenwerbung ausweisen.

Die Stärkung der Hochschulen im Exzellenzwettbewerb ist eine wichtige Aufgabe der Hochschulpolitik. Die FDP setzt sich dafür ein, dass aussichtsreiche Anträge bei ihren Antragstellungen die notwendige Unterstützung durch das Land erhalten. Im Landeshaushalt ist die notwendige Vorsorge für eine Unterstützung der Exzellenzentwicklung zu treffen.

Akademische Weiterbildung ist ein Teil des Angebotskataloges der Hochschulen.

Bei der Verbesserung der Finanzierung der Hochschulen in unserem Land sind im Bereich der Drittmittelerwerbungen und des Sponsorings noch Potenziale zu erschließen.

Um den Wechsel von Wissenschaftlern zwischen Hochschule und Wirtschaft zu verbessern sollen zukünftig alle Anstellungen privatrechtlich erfolgen und so eine problemlose Übertragung von Versorgungsansprüchen erlauben. Jenseits des einschränkenden Beamtenrechts wird es möglich, leistungsentsprechende Angebote an Spitzenforscher zu unterbreiten.

Wissenschaftliche Leistungen, die an Hochschulen erarbeitet werden, sind von den Hochschulen zu verwerten. Die Urheber sind entsprechend zivilrechtlich zu beteiligen. Hochschullehrer an staatlichen Hochschulen sollen zukünftig keiner Beschränkung bei Nebentätigkeiten unterliegen, sofern Forschung und Lehre abgesichert sind.

In der Hochschulfinanzierung wird die Objekt- durch eine Subjektförderung ergänzt, um Leistungen der Hochschule besser zu honorieren. Für Hochschulen sollen Unternehmensbeteiligungen uneingeschränkt möglich werden. Dazu wird eine Initiative zur Anpassung des Steuerrechts angestoßen.

Forschung

Im Bereich der Forschung setzt die FDP in Sachsen-Anhalt auf Innovation und vorhandene Stärken. Zur Erreichung einer hohen Erneuerungsquote in der Wirtschaft bedarf es intensiver Aktivitäten im Bereich der Grundlagenforschung an den Hochschulen und angewandter Forschung an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Sachsen-Anhalt weist eine gute Ausstattung mit derartigen Einrichtungen auf, die es langfristig zu erhalten und zu verknüpfen gilt. Jegliche Einflussnahme auf Themen und Inhalte ist zu verhindern. Entscheidend ist die wissenschaftliche Exzellenz.

Parallel zum Ausbau der staatlichen Forschung wird die FDP Initiativen zum Ausbau von Forschung und Entwicklung in den Unternehmen durch gezielte Förderprogramme entwickeln. Langfristig kann die Konkurrenzfähigkeit der Firmen und Standorte in Sachsen-Anhalt nur über Produktinnovationen gesichert werden.

Die Forschungspolitik wird auf Dauer nur dann erfolgreich, wenn sie einerseits der Grundlagenforschung die gebotenen Freiheitsräume einräumt, andererseits aber auch die Implementierung der so gewonnenen Erkenntnisse in weitere Forschungen und Entwicklungen fördert. Dazu gehört auch, den Hochschulen das Recht auf Vermarktung ihrer Produkte einzuräumen und den beteiligten Personen einen Anteil am Nutzen zu sichern.

Eine liberale Forschungspolitik schafft die Rahmenbedingungen für eine exzellent arbeitende Wissenschaft und Forschung und damit auch für Innovationen. So trägt sie letztendlich Verantwortung für das Entstehen neuer Arbeitsplätze.

Die FDP lehnt ideologische Festlegungen und Eingrenzungen in der Forschungsförderung, etwa bei der Stammzellforschung, der Bio- und Gentechnologie sowie der Nanotechnologie, ab.

Gesundheit und Soziales

Sicherstellung des Rechts auf Gesundheit

Für die FDP ist es wichtig, dass alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben und Eigenverantwortung übernehmen können. Das ist aber nur möglich, wenn sie gesundheitlich dazu in der Lage sind. Die größte Herausforderung für die gesundheitliche Versorgung in unserem Land in den nächsten Jahren ist dabei die wachsende Zahl älterer Bürger und die zunehmenden Probleme, Arztpraxen zu besetzen.

Unser Ziel ist eine Versorgung ohne Wartelisten und ein schneller unbürokratischer Zugang zum Arzt und Krankenhaus. Dazu gehört auch, die Mediziner von unnötiger Bürokratie zu entlasten, damit mehr Zeit für die Patienten bleibt. Weder die einseitige Übertragung der steigenden Kosten auf die Patienten, noch weitere Kürzungen bei den Leistungserbringern sind zumutbar. Wir setzen uns daher für den Abbau von Bürokratie und unsinnigen, teilweise widersprüchlichen Regelungen ein. Wir setzen uns für intelligente Lösungen ein, die zu Kosteneinsparungen motivieren, ohne das Versorgungsniveau zu verschlechtern.

Wir unterstützen Maßnahmen, die die Beschäftigung und Ansiedlung junger Ärzte fördern, wie Stipendien, Umsatzgarantien und Ansiedlungsprämien. Dazu kommen die Anreize, die der Bundesgesetzgeber setzt oder die Förderung von jungen niederlassungswilligen Ärzten durch die kommunale Ebene. Dies muss trotz Haushaltskonsolidierung der Kommunen möglich sein.

In Regionen mit Unterversorgung soll die Einrichtung von regionalen integrativen Versorgungszentren weiterentwickelt werden. Zur Verbesserung der fachärztlichen Betreuung in allen Teilen unseres Landes befürwortet die FDP den Aufbau einer modernen, funktionsfähigen Telematikinfrastruktur. Damit können die Versorgung und die Behandlungsabläufe für die Patienten verbessert werden. Zentrale Voraussetzungen für dieses Projekt sind jedoch die Praktikabilität in der Anwendung, ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis sowie die Sicherheit der sensiblen Gesundheitsdaten.

Für die FDP ist es wichtig, dass die Mittel des Gesundheitssystems effektiv eingesetzt werden. Beim Rettungsdienst bekennt sich die FDP zur Aufrechterhaltung der Eintreffzeiten auch in dünn besiedelten Gebieten. Eine weitere Reduzierung der Zahl der Leitstellen ist nach der erfolgten Umstellung auf digitale Technik kaum noch wirtschaftlich sinnvoll. Um dem Mangel an Notärzten zu begegnen, wird sich die FDP dafür einsetzen, dass die Kriterien zur Erlangung der Notarztberechtigung in angemessener Weise vereinfacht werden.

Prävention und Frühförderung

Kern liberaler Gesundheitspolitik ist die Unterstützung der Prävention als wesentliches Instrument der Gesunderhaltung. Auch um der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen, müssen alle Fähigkeiten der Menschen in unserem Land optimal gefördert werden. Defizite müssen möglichst früh festgestellt werden. Um sicherzustellen, dass Kinderärzte die Möglichkeit haben, Beeinträchtigungen bei der Entwicklung des Kindes festzustellen und Maßnahmen zu empfehlen, sollte die Teilnahme an allen Vorsorgeuntersuchungen möglichst 100 Prozent betragen.

Dies ist über eine stärkere Aufklärung der Eltern oder aktive Terminerinnerungen der Arztpraxen und entsprechende Empfehlungen der Kassen zu erreichen. Aufsuchende Maßnahmen dürfen nur in den Fällen erfolgen, in denen konkrete Hinweise für Vernachlässi-

gung oder Missbrauch vorliegen. Wenn sich dieser Verdacht bestätigt, sind alle erforderlichen staatlichen Maßnahmen einzuleiten. Eltern unter einen Generalverdacht zu stellen, ist nicht akzeptabel. Auch hier gilt: Der Staat muss auf eine flächendeckende Überwachung zugunsten zielgerichteter Maßnahmen verzichten. Wir haben kein Erkenntnisproblem, da Familien mit schwierigen Verhältnissen dem Jugendamt zumeist bekannt sind. Wir haben ein Problem in der Umsetzung, dem wir nur begegnen können, wenn die kommunale Ebene personell ausreichend ausgestattet wird. In Krisensituationen müssen angemessene Maßnahmen ergriffen werden können.

Pflege für ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben

Zunehmend sind Pflegebedürftige auf die Betreuung in einem Heim angewiesen, weil die Angehörigen in großer Entfernung wohnen oder keine Kinder vorhanden sind. Die FDP sieht den Staat in der Aufgabe, in einem Wettbewerb der Anbieter durch klare Rahmenvorgaben und deren Überwachung, die Heimbewohner vor schlechter Versorgung zu schützen.

Wir wollen ein vielgestaltiges Angebot an Heimformen ermöglichen und zudem Chancen bieten, über Pilotvorhaben neue Formen der Betreuung einzuführen. Zuverlässige Betreiber sollen von einem Übermaß an staatlicher Kontrolle befreit werden, um so gleichzeitig in der Verwaltung Kapazitäten zu schaffen, die eine intensivere Kontrolle auffälliger Heime ermöglicht und konsequentes Handeln gegen schwarze Schafe sichert.

Wesentliche Elemente einer guten Pflege sind im ambulanten wie im stationären Bereich die motivierten und qualifizierten Pflegekräfte. Um einem Mangel an Fachkräften aufgrund des demografischen Wandels vorzubeugen, ermöglicht die FDP eine Gleichstellung der nach Landesrecht vor 2003 abgelegten Prüfungen zum Altenpfleger mit den Abschlüssen nach Bundesrecht, so wie dies auch Sachsen und Brandenburg praktizieren.

„Ambulant vor stationär“ ist Leitschnur liberaler Sozialpolitik. Dabei ist das Ziel, allen Menschen individuell abgestimmte Hilfen anzubieten, die eine möglichst umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Sowohl im Bereich des Nachteilsausgleichs aufgrund von körperlichen, seelischen oder geistigen Behinderungen als auch im Bereich der Altenpflege muss gelten, dass den Bürgern unseres Landes ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Hier besteht noch deutlicher Nachholbedarf bei der Umsetzung des persönlichen Budgets.

Für die Würde bis zum Tod

Für alle Menschen ist der Tod ein unausweichlicher Teil des Lebens. Die FDP setzt sich dafür ein, es allen mündigen Bürgern zu ermöglichen, ihr Lebensende in Würde selbst zu bestimmen. Hospizdienste sowie Leistungen der Palliativmedizin und Palliativpflege für schwerkranke, sterbende Menschen, die ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben bis zuletzt ermöglichen, sind für uns ein unverzichtbarer Bestandteil eines guten gesundheitlichen Angebots, das wir ausbauen und qualitativ weiterentwickeln wollen. Unser Ziel ist, einer größeren Zahl von Sterbenden die letzte Lebenszeit in der vertrauten Umgebung zu ermöglichen. Wir wollen die Informationsangebote über die Vorsorgevollmacht und die Patientenverfügung ausbauen und auf diese Weise die Selbstbestimmungsrechte der Betroffenen stärken.

Die FDP strebt die Novellierung des Bestattungsgesetzes an, um zeitgemäße Formen der Bestattungskultur in Sachsen-Anhalt zu ermöglichen und die Menschen vor einem Grauen Markt unkontrollierter Angebote zu bewahren.

Sport und Kultur

Sport ist Freude

Der Sport nimmt für die FDP in der heutigen Gesellschaft einen wichtigen Platz ein. Zu den klassischen Tugenden des Sporttreibens, wie Mannschaftsgeist, Ehrlichkeit, Leistungsbereitschaft, kommt die Rolle des Sports zur Bewältigung von Fettleibigkeit und Bewegungsarmut als Prävention gegen Krankheiten hinzu.

Die FDP sieht die Unterstützung für den Sport als Breitensport zur sinnvollen Freizeitgestaltung und Prophylaxe, als Kinder- und Jugendsport zur Schaffung einer gesunden Lebenshaltung, als Volkssport zur regionalen Identifikation und als Leistungssport zur Talentförderung und Ausbildung einer Vorbildfunktion.

Qualifiziertes Sporttreiben induziert Kosten, die häufig nicht von den Sportlern getragen werden können, bzw. eine Abwägung zwischen Kosten und Nutzen zugunsten weiterer Bewegungsarmut hervorbringen. Kinder und Jugendliche wären bei voller Übernahme der Realkosten quasi vom Sport ausgeschlossen. Gleiches gilt für Haushalte mit geringem Einkommen.

Wesentliches Element der staatlichen Förderung ist für die FDP die Bereitstellung preiswerter Sportstätten. Land und Kommunen sorgen für eine Infrastruktur, die der Demografie und regionalen Erfordernissen entspricht. Schulstandorte sind mit einer Mindestausstattung von Freianlage und Halle zu versehen. Schwimmunterricht ist sicherzustellen. Je Sportart, die in Abstimmung mit dem Landessportbund als Spitzensport besonders gefördert wird, wird eine FDP-Koalition im Land mindestens eine Anlage zur Austragung von überregionalen Wettkämpfen staatlich unterstützen.

Ein unabdingbares Element der Förderung des Sports ist für die FDP der Kampf gegen Doping. Hierbei ist frühzeitig anzusetzen und der Handel mit Substanzen der NADA-Liste unter Apothekenvorbehalt zu stellen. Die FDP setzt sich für ein Antidopinggesetz ein, mit dem den staatlichen Ermittlungsbehörden umfangreiche Befugnisse eingeräumt werden.

Das bestehende System der Gemeinnützigkeit ist aus Sicht der FDP zu reformieren. Beiträge und Zuwendungen an Sportvereine sollten vom Einkommen/Betriebsergebnis voll abzugsfähig sein und alle Vereine den üblichen Steuern unterliegen. Da Steuerzahlungen nur im Falle des Gewinns entstehen, kann von einer Unschädlichkeit für die klassischen Kleinvereine ausgegangen werden. Vergütungen an Helfer, Übungsleiter und Vereinsvorstände sind einer Pauschalversteuerung ohne Sozialabgabenpflicht zu unterwerfen.

Die FDP sieht das dringende Gebot einer Haftungsbeschränkung ehrenamtlicher Vereinsvorstände sowohl in rechtlicher als auch in finanzieller Hinsicht. Die gegenwärtigen Regelungen behandeln Vereinsvorstände schlechter als hauptamtliche GmbH-Geschäftsführer, wodurch zunehmend weniger Menschen bereit sind, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Die Sportförderung muss von der größtmöglichen Staatsferne geprägt sein. Direkte Finanzmittel sollen der Verteilung durch die Organe des Sports anheim gestellt werden, wobei die Grundzüge der Förderung mit dem Fördermittelgeber abzustimmen sind. Lediglich der Leistungssport sollte neben der Bereitstellung von Infrastruktur direkt durch Zahlung von Trainern und durch Stiftungen zur Unterstützung der Sportler gefördert werden.

Wie alle Veranstalter tragen auch Sportvereine die Verantwortung für einen sicheren Ab-

lauf ihrer Wettkämpfe.

Kultur ist Identität

Kunst und Kultur sind aus Sicht der FDP die unverzichtbare Quelle von Identität und Kreativität. Sie vermitteln wichtige Impulse für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Kultur und Demokratie sind auf das Engste miteinander verknüpft - beide brauchen den freien und mündigen Bürger.

Auf dem Territorium Sachsen-Anhalts steht die Wiege der deutschen Kultur. Entlang der „Himmelswege“ und der „Straße der Romanik“ begegnen uns kulturgeschichtliche Höhepunkte in reicher Zahl. Aber auch viele andere Orte verfügen über historische Stadt- und Dorfkerne mit wertvollen Baudenkmalen, die wichtige Ankerpunkte lokaler Identität darstellen. Diese Stätten des Wirkens unserer Vorfahren geben den nachfolgenden Generationen Orientierung und bestimmen unser Umfeld. Zugleich leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur touristischen Attraktivität unseres Landes. Denkmalschutz und Denkmalpflege müssen daher von ihrem Image als Investitionsbremse und Kostenverursacher befreit und in ihrer Rolle als Kulturstifter und Ideenreservoir noch stärker gewürdigt werden.

Der Bewahrung und Pflege des reichen kulturellen Erbes unseres Landes fühlt sich die FDP in besonderem Maße verpflichtet. Zugleich verfügt Sachsen-Anhalt auch im aktuellen Kunstschaffen über beachtliche Potenziale, die es gezielt zu fördern und weiterzuentwickeln gilt.

Da Hochkultur nicht kostendeckend angeboten werden kann, bedarf es der Unterstützung durch das Land und die Kommunen. Theater und Orchester gehören für die FDP zur Grundversorgung. Es darf keine alleinige Konzentration auf die drei Oberzentren geben. Dort allerdings muss hohe Qualität zu finden sein. Zu einer breiten Kulturlandschaft gehören auch die vielen Kultur- und Kulturfördervereine.

Soziokultur ist entsprechend ihrem Ursprung staatsfern und lokal initiiert. Eine Unterstützung sollte durch Bereitstellung von Gebäuden, aber nicht durch direkte finanzielle Zuwendungen gegeben werden, die Abhängigkeiten schaffen.

Mit der Burg Giebichenstein Hochschule für Kunst und Design Halle besteht eine wichtige Ausbildungsstätte für bildende Künstler in Sachsen-Anhalt, deren weitere fachliche Profilierung positiv begleitet wird. Bildenden Künstlern wird durch Galerien und Unterstützung von Marketingaktionen Förderung zuteil. Ebenso verdient die evangelische Hochschule für Kirchenmusik dauerhafte staatliche Zuschüsse für ihre Aufgabe der Ausbildung junger Musiker.

Die kulturelle Bildung ist aus Sicht der FDP eine wichtige Investition in die Zukunft. Mit der Vermittlung kultureller Werte und künstlerischer Fähigkeiten werden Kinder und Jugendliche zu eigenständigem und verantwortungsbewusstem Handeln befähigt. Aus- und Weiterbildungsangebote im Bereich der bildenden und darstellenden Künste, Musik- und Ballettschulen sowie die klassischen Volkshochschulkurse vermitteln in vielfältiger Form Wissen und Kreativität, das die Menschen zum aktiven Teilnehmen an der freiheitlichen Bürgergesellschaft befähigt. Für die FDP ist dabei die Wahrung der Chancengerechtigkeit zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen wichtig, um aus der Konkurrenzsituation heraus bestmögliche Ergebnisse zu erreichen.

Die Entdeckung der Kulturwirtschaft durch die Politik als fruchtbringendes Mischwesen

aus Kultur und Geschäft eröffnet neue Möglichkeiten. Insbesondere die Wirtschaftsförderung sollte den Kunstschaffenden als Selbständigen gleichbehandeln, wobei das Kultusministerium endlich die Realität anerkennen und sich vom Bild des von staatlichen Zuschüssen abhängigen Künstlers trennen muss. Für Künstler, Galeristen, Kunst- oder Musiklehrer soll es einfache Steuerregeln geben, die insbesondere vielfach lange Vorbereitungsphasen und aperiodische Einnahmen berücksichtigen. Zur Bereitstellung einer bezahlbaren Sozialversicherung für Künstler muss die Künstlersozialkasse in ihrer Struktur erhalten bleiben.

Bei aller Anerkennung der wichtigen Rolle der Verwertungsgemeinschaften müssen Verfahren gefunden werden, die eine Verwertung von Gedankengut zulassen, ohne Unwisende zu kriminalisieren oder aktiven Künstlern mehr Büroarbeit als künstlerische Betätigung zuzumuten.

In der Gestaltung des Deutschunterrichts muss stärker junge Literatur aus dem Land Berücksichtigung finden, um die Interessen der Schüler besser anzusprechen und neuen Autoren eine Empfehlung zu geben. Mittels Wettbewerbs-Preisen und kleinen Jahresstipendien können junge Autoren bei der Marktetablierung unterstützt werden. Bislang unterschätzt wird die Rolle der Verlage bei der Prägung des Buchangebots.

Entsprechend der Aussage des Kulturrates zählt für die FDP auch die Branche der Computerspielentwicklung zur Kultur. In der Verknüpfung von exzellentem Kunstschaffen und großem wirtschaftlichen Erfolg ergeben sich für Künstler der „electronic art“ umfangreiche Beschäftigungspotenziale, die nicht durch übertriebene, unkalkulierbare Indizierung in ihrer Marktentwicklung behindert werden dürfen. Die Ausbildung zum „Games-Designer“ sollte auch an sachsen-anhaltischen Hochschulen möglich sein, um den Nachwuchs für die Industrie bereitzustellen.

Die Reformationsdekade bis zum Reformationsjubiläum 2017 muss als Chance begriffen werden, unser Land mit seiner reichen kulturellen Tradition nach außen zu präsentieren und zugleich nach innen ein Zeichen für Toleranz und Weltoffenheit zu setzen.

Medienvielfalt erhalten und stärken

Die FDP bekennt sich zum dualen Rundfunksystem in Deutschland. Dazu ist es notwendig, gleiche Rahmenbedingungen für öffentlich-rechtliche und private Rundfunkanbieter zu definieren und auch durchzusetzen. Das bisher in Sachsen-Anhalt bereitgehaltene breite Angebot von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, privaten Rundfunkanbietern sowie den Bürgermedien muss auch künftig sichergestellt werden.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich auf den Grundversorgungsauftrag, den auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, konzentrieren. Hierfür ist eine klare Definition des Umfangs der Grundversorgung für den Bürger und eine qualitativ hochwertige Umsetzung im Programm von Fernsehen, Hörfunk und neuen Medien notwendig.

Aufgrund der technischen Entwicklungen, hin zum Empfang von Rundfunkprogrammen nicht nur in Wohnungen und Betrieben, sondern auch über Handy und Computer überall im Land, muss die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks künftig neu geregelt werden. Hierbei steht im Vordergrund, dass sowohl die Bürger als auch die Unternehmen in Sachsen-Anhalt nicht über den derzeitigen Umfang hinaus nennenswert finanziell belastet werden. Wir setzen uns für einen wirklichen Systemwechsel ein, der von der Akzeptanz der Bürger getragen wird. Besondere Bedeutung kommt auch hier der Beachtung des

Datenschutzes zu. Es ist zu prüfen, ob auf das bisherige System der Gebühreneinzahlung durch die GEZ verzichtet werden kann.

Weiterhin mahnt die FDP einen verantwortungsvollen Umgang der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit den Rundfunkgebühren an. Kontinuierliche Sparbemühungen der Rundfunkanstalten tragen mit dazu bei, dass die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei den Bürgern wieder ansteigt.

Das duale Rundfunksystem muss auch in Sachsen-Anhalt aufrechterhalten werden. Dazu benötigen die kommerziellen Radio- und Fernsehanbieter Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, sich in der Fläche anzusiedeln.

Bürgermedien

Offene Kanäle und nichtkommerzielle Lokalradios bieten dem Bürger eine kostenfreie Möglichkeit, sich eigenverantwortlich mit Beiträgen in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen. Sie geben hierdurch Impulse für soziale und kulturelle Aktivitäten. Die FDP betrachtet die Arbeit der Bürgermedien als einen unverzichtbaren Teil der Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt und spricht sich auch weiterhin für deren Förderung aus.

Medienkompetenz und Landesmedienanstalt

Der Medienkompetenz kommt mit der fortschreitenden Bedeutung der Medien und des Internets im täglichen Leben der Bürger eine immer stärkere Bedeutung zu. Das Internet bietet eine unübersehbare Informationsvielfalt. Deshalb müssen alle Teile der Bevölkerung, Junge wie Alte, in die Lage versetzt werden, mit dem Internet umgehen und diese Informationen bewerten zu können. Sowohl der Umgang mit persönlichen Daten bei der Benutzung der Medienangebote, als auch der Schutz, insbesondere von Kindern, vor problematischen Inhalten setzen einen aufgeklärten Mediennutzer voraus.

Statt staatlicher Kontrolle durch Verbote setzt die FDP in erster Linie auf Selbstverpflichtungen der Anbieter. Deshalb unterstützen wir Initiativen, die Kinder, Lehrer und Eltern im kritischen Umgang mit Medieninhalten schulen und weiterbilden.

Medienwirtschaft in Sachsen-Anhalt stärken

Schon heute hat sich eine Vielzahl an kleinen und mittleren Unternehmen aus der Branche der Medienwirtschaft in Sachsen-Anhalt angesiedelt. Die FDP hält diese für eine wichtige Ergänzung im Bereich der Kreativwirtschaft und wird die Medienwirtschaft weiter unterstützen. Sachsen-Anhalt wird zunehmend als Produktionsstandort für alle Bereiche der Medienwirtschaft genutzt. Die FDP unterstützt diese Entwicklung und setzt sich für die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen und somit die Stärkung der Medienwirtschaft in Sachsen-Anhalt ein.

Natur- und Umweltschutz sind Weltbewahrung für unsere Nachkommen

In einer Zeit, in der viele natürliche Ressourcen so genutzt werden, dass die Gefahr besteht, dass sie versiegen oder nur noch schwer zugänglich sind, ist Umwelt- und Naturschutz unsere herausragende Aufgabe. Nur in einer intakten Natur kann ein erfolgreiches Leben und Wirtschaften der Menschen garantiert werden. Jeglicher Raubbau führt zu irreparablen Schäden, deren Ersatz zu erhöhten Aufwendungen folgender Generationen führt.

Es gilt die Bodenschätze zu schonen und die Artenvielfalt der Tiere und Pflanzen in ihren Lebensräumen zu erhalten. Die degressive Bevölkerungsentwicklung gibt den Menschen in Europa die einmalige Chance, Naturverbrauch sorgfältig abzuwägen und langfristig verantwortlich zu handeln. Die FDP wird vor jeder Neuausweisung von Gewinnungsgebieten für Sand, Steine und Bodenschätze eine strenge Alternativenprüfung durchführen.

Die Umweltpolitik der FDP sieht als herausragendes Instrument des Ressourcenschutzes eine klare Definition des Marktwertes der Schutzgüter über einen Preis statt staatlicher Verbotspolitik. Dabei muss jedoch die Menge des verfügbaren Gutes notfalls staatlich reglementiert werden, um eine Marktdefinition zu geben. Damit wird die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen unterstrichen. Mittels dieses Verfahrens entfällt die Subventionsnotwendigkeit von umweltfreundlichen Verfahren oder Produkten, da sie aufgrund der Nichtinanspruchnahme von Umweltschutzgütern preisgünstiger zu produzieren sind.

Naturschutz bedeutet, das Biotopverbundsystem weiter über unser Land zu knüpfen. Die Vergrößerung und Verbindung der natürlichen Areale muss Priorität vor dem Schutz von Kleinstbiotopen haben. Lebensräume sind höher zu werten, als einzelne Arten. Zerschneidungen alter Habitats sollen möglichst vermieden oder bevorzugt durch Erweiterung in den neuen Teilen ausgeglichen werden.

Die FDP wird die Frage der Statischen Habitatbewahrung gegenüber der Anerkennung einer sich veränderten Natur untersuchen lassen und stärker eine Gesamtbetrachtung der Arten- und Biotopentwicklung in das Zentrum einer langfristig akzeptierten Naturschutzpolitik stellen.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden sich bei einer Regierungsbeteiligung der FDP auf große Gesamtvorhaben orientieren und, wenn sinnvoll, von der Verursachungsmaßnahme auch räumlich getrennt umgesetzt. Dem Ökokonto kommt dabei eine wichtige Funktion zu.

Boden ist ein knappes Gut und ein hochkomplexer Naturkörper, um den unterschiedliche Nutzungen konkurrieren. Die Nutzung des Bodens sollte daher so erfolgen, dass die natürlichen Verhältnisse berücksichtigt werden und nach Nutzungsaufgabe auch wiederhergestellt werden können. Das betrifft insbesondere den Rückbau von Industrie- und Agrarbrachen. Die FDP will den zunehmenden Flächenverbrauch bei sinkender Bevölkerung beenden. Flächenzertifikate sollen handelbar werden, wobei das Land entsprechend einer relativen Flächenquote pro Einwohner über Aufkäufe die Möglichkeit des endgültigen Einzugs hat, wie bei wachsender Bevölkerung eine Emissionsberechtigung.

Emissionen, egal in welchem Aggregatzustand sollen nur noch über handelbare Zertifikate ermöglicht werden. Bei Kleinemittenten, wie Hausheizung und Straßenverkehr ist der Emissionspreis Bestandteil des Abgabepreises des Brennstoffes. Zur Verhinderung von Umweltdumping sind diese Instrumente so auszugestalten, dass sie nicht zur Abwanderung der Industrieproduktion in Länder mit niedrigeren Standards führen. Für Boden und

Wasserverschmutzung darf es keine Zertifikate geben.

Der Umgang mit Abfällen bedarf einer stärkeren Konzentration auf stoffliche Verwertung. Dabei muss eine Ablagerung über längere Zeiträume wieder möglich sein, denn die Abfälle von heute sind die Sekundärrohstoffe von morgen. Nur Stoffe, die lediglich thermisch verwertbar sind, wie z. B. Altholz, dürfen zukünftig verbrannt werden.

Die FDP wird sich durch Förderung von Forschung in neue Ressourcen schonende Technologien engagieren, um den Umwelt- und Naturschutz voranzubringen.

Umweltpolitik der FDP geht in erster Linie von der Eigenverantwortung der Menschen aus und weist dem hoheitlichen Schutz einen weiten Rahmen zu. Dieser Grundsatz beruht auf der Überzeugung, dass die Menschen grundlegendes Interesse daran haben, dass die Umwelt in der sie leben, die sie prägen und die sie prägt, auch künftig intakt und lebenswert bleibt. Eine solche Politik steigert auch die Akzeptanz bei den von Umweltschutzmaßnahmen betroffenen Menschen, werden sie doch nicht als bloße Objekte der Regulierung betrachtet, sondern als ernstzunehmender Partner.

Umweltpolitik hat sich am Prinzip der Nachhaltigkeit zu orientieren. So werden die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte gleichermaßen berücksichtigt und gegeneinander abgewogen. Ziel ist es dabei stets, die natürlichen Lebensgrundlagen im Interesse der heutigen wie auch der künftigen Generationen dauerhaft zu schützen.

Die Umweltpolitik der FDP vereinigt Ökonomie und Ökologie, indem sie Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln ermöglicht und die klassische staatliche Rahmensetzung ergänzt. Ressourcenschonung ist eine zentrale Aufgabe der generationengerechten Umweltpolitik der FDP. Dabei geht es sowohl um Energieerzeugung und -nutzung, wie auch Produkte und Prozesse, die den Rohstoffverbrauch minimieren. Dazu bedarf es der Nutzung der Innovationskraft des Marktes.

Die vielfache Ausgrenzung des Menschen und seiner Tätigkeiten aus der Natur- und Kulturlandschaft begreifen die Bürger zunehmend als Bevormundung. Hier werden mit liberaler Umweltpolitik die Menschen vor Ort wieder stärker in die Entscheidungen einbezogen, um die Schönheit und Vielfalt unserer Heimat zu erhalten.

Die FDP bekennt sich zur Stärkung eines bezahlbaren Vertragsnaturschutzes. Der zu vereinbarenden Maßnahmenkatalog des Vertragsnaturschutzes ist ein geeignetes Instrument, um in Kooperation mit der Landwirtschaft auf freiwilliger Basis Ziele des Natur-, Landschafts- und Trinkwasserschutzes umzusetzen. Kontinuität, Verlässlichkeit, Planbarkeit für die landwirtschaftlichen Betriebe und Effizienzsteigerung der naturschutzfachlichen Maßnahmen bestimmen dabei das Handeln, davon profitieren die Natur und die landwirtschaftlichen Betriebe gleichermaßen.

Sauberes Wasser ist neben sauberer Luft die wichtigste Grundlage allen Lebens auf unserer Erde. Um diese kostbare Ressource zu schützen, sind die Qualität des Grundwassers und der Gütezustand der Oberflächengewässer im Rahmen europäischer Vorgaben weiter zu verbessern. Dabei setzt die FDP vor allem auf die Kooperation mit der Landwirtschaft. Darüber hinaus sind zur Entlastung der Bürger bei der Abwasserbehandlung modernste Techniken und effizienteste Organisationsstrukturen gefordert. Dies kann von privatwirtschaftlichen Unternehmen oft genauso gut oder besser gewährleistet werden als durch den Staat.

Ein Wasserentnahmeentgelt (sog. Wasserpfennig bzw. Wassercent) ist strikt abzulehnen. Die FDP strebt an, die entsprechende Regelung aus dem Wassergesetz zu streichen, da solch eine Abgabe ohne den Effekt einer Ressourcenschonung nur zu einer überflüssigen Kostenbelastung zentraler Wirtschaftsbranchen im Land führt und damit die Standortbedingungen verschlechtert.

Umweltbildung ist die Grundlage in der Umweltpolitik, um für den Schutz der Umwelt und Natur eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Nur wer über die Schönheit und Vielfalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen informiert ist und sie versteht, ist auch bereit, sich selbst umweltbewusst zu verhalten und sich aktiv für den Schutz der Umwelt einzusetzen.

Verbraucherschutz für den mündigen Bürger

Eine Grundaufgabe des Staates ist es, im Markt für gleiche Bedingungen zu sorgen und seine Bürger durch Standardsetzung und Marktüberwachung vor Schaden zu schützen. Gerade das liberale Selbstverständnis eines Staates, der sich auf seine Grundaufgaben zurückzieht, fordert eine Stärkung des Verbraucherschutzes.

Gleichwohl erkennen wir, dass in einer zunehmend komplexeren Welt die Verbraucher gegenüber den Herstellern und Vertreibern von Waren sowie Dienstleistungsanbietern strukturell unterlegen sind und infolge mangelnder Fachkenntnisse, Informationen oder Erfahrungen benachteiligt werden können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, für einen wirksamen Verbraucherschutz zu sorgen.

Die FDP wird den weiteren Ausbau des Verbraucherschutzes in Sachsen-Anhalt vorantreiben, worunter insbesondere eine ausreichende qualifizierte, personelle und materielle Ausstattung der staatlichen Untersuchungs- und Vollzugseinrichtungen zu verstehen ist. Die Kapazitäten zur Untersuchung industrieller und landwirtschaftlicher Produkte sollten in einem Landesamt gebündelt werden. Wir werden die länderübergreifende Kooperation zur Durchführung von zunehmend spezielleren Untersuchungen verstärken und im Land die vorhandenen Kapazitäten in einem Landesamt bündeln. Dazu gehört neben dem Industriebereich auch die gesamte Erzeugerstrecke landwirtschaftlicher Produkte.

Der Verbraucherschutz vor Ort durch die Kommunen, insbesondere die Gewerbeaufsicht, ist durch ständige Weiterbildung zu qualifizieren und mittels kreisübergreifender Vereinbarungen zu stärken. Ein guter Verbraucherschutz vor Ort bedarf auch einer guten Fachaufsicht.

Neue Vertriebswege im Internet sowie unbefriedigende Qualitätsansprüche im Finanzberatungssektor drängen geradezu nach einer Bündelung des Verbraucherschutzes in einer Institution, wozu ebenso die Finanzaufsicht gehört. Die FDP wird sich für eine Konzentration dieser Aufgaben im Land einsetzen.

Für ihre Aufgaben müssen die Verbraucherzentralen als nichtstaatliche, jedoch staatlich geförderte Einrichtungen gestärkt werden. Verschiedene Lebensmittelskandale haben zudem gezeigt, dass finanzieller Betrug oft mit gesundheitlicher Gefährdung einhergeht, somit auch eine gute Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Stellen sinnvoll und notwendig ist.

Die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte wird in keinem Land so streng überwacht, wie in Deutschland. Im Prozess von Anbau, Ernte und Weiterverarbeitung findet unsinnig-

gerweise im Rahmen der cross compliance ein Wechsel der zuständigen Behörden statt. Wie bei der Erzeugung technischer Produkte sollte die Qualitätsüberwachung in einer Hand liegen.

Über eine ausreichende und ehrliche Positivkennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte oder Zutaten ist die Wahlfreiheit der Verbraucher sicherzustellen. Die landwirtschaftliche Urproduktion, Saatgutwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung im weiteren Sinne darf nicht in den Händen weniger marktbeherrschender Konzerne oder Kartelle sein. Die FDP nimmt bestehende Ängste von Landwirten und Verbrauchern ernst, wird die Forschung und Entwicklung sorgfältig beobachten und den Verbraucher als Maßstab ihrer Politik sehen.

Mit der FDP wird die Auskunftsbereitschaft der Landesbehörden erhöht und der Zugang der Bevölkerung zu allen mit Steuermitteln bezahlten Studien und Gutachten ermöglicht, sofern dem nicht anderweitiger gesetzlicher Schutz entgegensteht. Eine liberale Bürgergesellschaft lebt wesentlich vom freien und allgemeinen Zugang zu Informationen, denn nur so sind fundierte Entscheidungen der Bürger ohne staatlichen Filter möglich.

Landwirtschaft, Nahrungs- und Rohstoffe aus eigener Erde

Sachsen-Anhalt ist ein exponierter, traditionsreicher Agrarstandort. Die Magdeburger Börde ist als Ackerstandort europaweit ebenso bekannt wie die Saatzuchtregion um Quedlinburg. Das Gleiche gilt für die intensiv bewirtschafteten, hervorragenden Böden um Halle, wo großstrukturierte Agrarbetriebe mit hoch motiviertem und bestens ausgebildetem Personal wirtschaften.

Einen besonderen Stellenwert für die FDP hat auch die Unterstützung der Kulturlandschaft des Terrassenbaus an Saale und Unstrut als nördlichstes geschlossenes Weinbaugebiet Europas.

Ziel der Agrarpolitik der FDP ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass landwirtschaftliche Unternehmen den überwiegenden Teil ihrer Erlöse auf dem freien Markt erwirtschaften. Um eine flächendeckende Landbewirtschaftung zu sichern, erhalten in benachteiligten Gebieten die Landwirte eine Ausgleichszahlung für den Erhalt der Kulturlandschaft. Wir werden die Anstrengungen verstärken, Veredlungsketten im eigenen Land aufzubauen, um die Wertschöpfung zu erhöhen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Für die unternehmerische Landwirtschaft gibt es in der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) keine staatlichen Aufkäufe (Interventions- und Preisstützungskäufe) als Absatzgarantie mehr. Die gemeinsame Agrarpolitik wird sich stärker an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft ausrichten.

Die FDP steht für mehr Eigenverantwortung und für einen drastischen Bürokratieabbau. Erst dann profitieren Verbraucher von qualitativ hochwertigen und preisgünstigen Lebensmitteln. Dies gilt für Produkte aus der Heimat und aus allen Regionen der Welt.

Die Forstwirtschaft ist ein eigenständiger Wirtschaftszweig, die sich im freien Markt bewähren muss. Ziel der Forstpolitik der FDP ist es, vor allem dem Privatwald und dessen Eigentümern eine optimale Bewirtschaftung durch eigenständige, staatlich unabhängige und frei auf dem Markt agierende Forstbetriebsgemeinschaften zu gewährleisten.

Bei der Bewältigung der großen Herausforderungen des Klimawandels und der Sicherung der Ernährungsgrundlage für die Menschen kommt der Landwirtschaft eine zentrale Rolle zu, für die sie bei der Entwicklung von Anpassungsstrategien die Unterstützung der Hochschulen des Landes erhält.

Sicherheit und Landesorganisation

Verwaltung modern und bürgerfreundlich

Das Land Sachsen-Anhalt ist geprägt durch eine ständige Verringerung der Bevölkerung, wobei der Rückgang regional unterschiedlich stark verläuft. In Verbindung mit sinkenden Einnahmen aus dem Solidarpakt ist es geboten, die Struktur der Behörden zu analysieren und deren Umfang unter Würdigung der Trias - Aufgabenwegfall, Privatisierung, Optimierung - zu reduzieren.

Aus liberaler Sicht ist bei Behörden stets auf die Einräumigkeit der Verwaltung Wert zu legen, um dem Bürger klare Zuständigkeiten darzustellen. Unmotivierte kreisübergreifende Teilzuständigkeiten wie bei den Finanzämtern erschweren den Bürgern die Orientierung und sind abzulehnen.

Zunehmend sind Tendenzen zu verzeichnen, Wissenslücken und Begriffsunschärfen durch die Verwendung von Wörtern aus anderen Sprachen zu maskieren. Neben der Bahn-AG und der Telekom besteht auch bei Behörden der Drang, neue Verwaltung durch kaum erklärbare Fremdbegriffe zu verkomplizieren. Die FDP setzt sich dafür ein, die deutsche Sprache wieder stärker zu fördern und Handlungen des Staates für alle verständlich zu machen.

Bürokratieabbau

Bürokratie behindert Unternehmen, verteuert und verlängert Verwaltungsabläufe und entmündigt die Bürger. In Sachsen-Anhalt wird die FDP weiter gegen Bürokratie vorgehen.

Gesetze sollen grundsätzlich ein Verfallsdatum beinhalten, also nur zeitlich befristet erlassen werden. Die FDP bekennt sich zu einer 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben oder der Bundesgesetzgebung.

Mehr Bürgerfreundlichkeit in der Verwaltung soll durch eine Weiterführung von E-Government-Elementen erreicht werden.

Innere Sicherheit

Freiheit und Sicherheit bedingen sich gegenseitig. Ziel der FDP ist eine ausgewogene Balance zwischen der Wahrung der Freiheitsrechte der Bürger und dabei der Gewährleistung der objektiv notwendigen Sicherheit in Sachsen-Anhalt.

Dieses Ziel kann nur mit einer personell gut aufgestellten Landespolizei erreicht werden. Aufgrund der ungünstigen Altersstruktur und der Erhöhung der Abgänge bei der Polizei durch finanzielle Anreize bei der Altersteilzeitregelung sinkt der derzeitige Personalbestand sehr stark ab.

Zahlreiche Umstrukturierungen haben die Polizei unseres Landes in den letzten Jahren

häufig von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten. Rein mathematische Verteilungsschlüssel haben weder Ausbildungs- noch Einsatzzustand der vorhandenen Beamten analysiert und einbezogen. Dies führte zu Frustration bei den Beamten und keiner Verbesserung der Wahrnehmung der Polizei in der Öffentlichkeit. Damit einhergehend rutscht die Polizei durch kurzfristige Minderneubesetzung in eine personelle Notlage in den nächsten Jahren, wenn nicht schnell gehandelt wird.

Die FDP setzt sich für ein schnellstmögliches Gegensteuern durch die deutliche Erhöhung der Einstellungen bei der Polizei ein, um dauerhaft eine homogene Altersstruktur sicherstellen zu können. Insbesondere muss dafür gesorgt werden, dass ausreichend qualifiziertes und erfahrenes Personal für Führungsaufgaben zur Verfügung steht.

Gut ausgebildete und motivierte Polizeibeamte sind unverzichtbar für eine gute Aufgabenerfüllung in der Landespolizei. Dem in den letzten Jahren dauerhaft hohen Stand an Überstunden muss entgegengewirkt werden. Hierbei setzt sich die FDP für eine finanzielle Abgeltung eines Teils der Überstunden ein. Weiterhin bedarf es der ergebnisoffenen Prüfung, welche Aufgaben aufgrund der ständig sinkenden Zahl an Polizeibeamten künftig nicht mehr von der Polizei wahrgenommen werden können.

Der derzeit hohe Ausrüstungsstand der Landespolizei muss kontinuierlich ergänzt werden. Insbesondere im Bereich der IT-Technik besteht noch Ausbaubedarf.

Verfassungsschutz

Ein personeller und sächlich gut ausgestatteter Verfassungsschutz ist in Sachsen-Anhalt notwendig, um den bestehenden extremistischen Tendenzen zu begegnen. Die FDP sieht aber derzeit keinen Handlungsbedarf bei der Schaffung weiterer gesetzlicher Kompetenzen des Verfassungsschutzes.

Stärkung des Brand- und Katastrophenschutzes

Gerade das Hochwasser im Sommer 2002 hat gezeigt, dass effizient arbeitende Katastrophenschutzbehörden unverzichtbar für Sachsen-Anhalt sind. Künftig ist mit neuen Aufgaben im Rahmen des zu erwartenden Klimawandels zu rechnen. Folglich bleibt es eine Daueraufgabe, die Arbeit der Katastrophenschutzbehörden zu überprüfen und zu verbessern.

Auch bei den freiwilligen Feuerwehren im ländlichen Raum drohen Engpässe aufgrund von Abwanderung und fehlender Helfer, die in der Woche außerhalb von Sachsen-Anhalt berufstätig sind. Insbesondere aufgrund der drastischen Änderungen in der Gemeindestruktur ändern sich auch die Strukturen der Feuerwehren vor Ort. Folge ist ein massiver Anstieg des Bedarfs an Fort- und Weiterbildungen. Die FDP in Sachsen-Anhalt steht zur herausragenden Bedeutung der freiwilligen Feuerwehren für die Sicherung des Brandschutzes und das gesellschaftliche Leben im ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt.

Datenschutz

Datenschutz wird in der heutigen Mediengesellschaft immer wichtiger. Die FDP setzt sich für den Schutz und die Stärkung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung ein. Jeder Bürger muss selbst entscheiden können, wer welche Informationen über ihn haben soll und welche seiner persönlichen Daten er für sich behalten will.

Insbesondere durch die Datenschutzskandale in den letzten Jahren wurde deutlich, dass Datenschutz nicht nur gegenüber dem Staat, sondern in demselben Maß auch gegenüber privaten Datensammlern stattfinden muss. Behörden, Krankenkassen aber auch beispielsweise Telekommunikationsunternehmen erheben Milliarden von personenbezogenen Daten. Von jedem Bürger wird an vielen Orten eine Vielzahl von persönlichen Daten gespeichert, ohne dass jeder Einzelne hiervon im Einzelfall Kenntnis hat.

Die steigende Zahl von Telefonüberwachungen und Überprüfungen von Kontodaten sowie die anlasslose Speicherung von Daten im Rahmen der Online-Durchsuchung und der Vorratsdatenspeicherung führen dazu, dass in zunehmendem Maß auch Daten von Unbeteiligten gespeichert werden. Diese Entwicklung lehnt die FDP ab.

Seit den Terroranschlägen in New York im September 2001 wurde eine Vielzahl von Sicherheitsgesetzen erlassen, die die deutschen Sicherheitsbehörden mit neuen Befugnissen ausgestattet haben. Hier muss durch eine wissenschaftliche Evaluierung festgestellt werden, welche Grundrechtseingriffe tatsächlich die Sicherheit objektiv verbessern. Die FDP in Sachsen-Anhalt lehnt die Einführung von Nacktscannern zum derzeitigen Zeitpunkt ab. Die derzeit existierenden Geräte versprechen keine zusätzliche Sicherheit und stellen einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte jedes einzelnen Bürgers dar. Des Weiteren ist die FDP der Auffassung, dass die derzeitigen Handlungsalternativen der Sicherheitsorgane ausreichend sind, vorausgesetzt, sie finden konsequente Anwendung.

Deshalb hat die FDP sich für die Zusammenlegung der Datenschutzaufsicht beim Landesdatenschutzbeauftragten eingesetzt. Bürgerfreundlicher Datenschutz aus einer Hand führt zur Stärkung des Landesbeauftragten als unabhängige Kontrollbehörde. Seine Arbeit ist für alle Bürger in Sachsen-Anhalt wichtig. Er kontrolliert, ob der Staat oder Unternehmen mit den Daten und Rechten der Bürger verantwortungsvoll umgehen.

Integration / Zuwanderung

Die FDP tritt für Pluralität in Glaubens- und Weltanschauungsfragen ein, erwartet von allen Bürgern eine Bejahung der Werte des Grundgesetzes und der Landesverfassung sowie gegenseitigen Respekt. Toleranz zeigt sich meistens im Umgang mit Minderheiten. Sie darf nur eingefordert werden, wenn sie zugleich gewährt wird. Der schmale Grat zwischen Ausschöpfung eigener persönlicher Meinungsäußerung und Beeinträchtigung anderer Anschauungen muss gefunden werden. Dass religiöse Unterschiede in der Debatte um die Integration von Zuwanderern verwendet werden, bleibt eine besondere Gefahr.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Insbesondere für ein Bundesland, das wie Sachsen-Anhalt von Abwanderung betroffen ist, ist Zuwanderung ein positives Phänomen. Vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels müssen noch mehr Anreize für qualifizierte Zuwanderer geschaffen werden. Die FDP setzt hierbei auf ein Punktesystem wie Kanada und Australien. Durch eine zielgerichtete Integrationspolitik müssen Zuwanderer bei der Eingliederung in die Gesellschaft aktiv unterstützt werden. Hierbei steht der Erwerb der deutschen Sprache im Vordergrund. Die Sprach- und Integrationskurse müssen dauerhaft hinsichtlich ihrer Qualität evaluiert werden.

Extremismusbekämpfung

Die FDP wendet sich konsequent gegen jede Form des Extremismus, gleich ob es sich

um Rechts- oder Linksextremismus bzw. religiös motivierte Fundamentalisten handelt. Besondere Bedeutung hat in Sachsen-Anhalt der Rechtsextremismus. Die FDP steht für eine konsequente Aufklärung über extremistische Parteien und Vereine, die Feinde der Freiheit und einer offenen Gesellschaft sind. Hierbei sind die derzeit angebotenen Weiterbildungsprogramme zu verbreitern und auf alle Bereiche des Extremismus auszuweiten.

Debatten über Parteiverbote lehnen wir ab, da sie den Rechtsextremisten eine Plattform bieten, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und derzeit rechtlich keine Aussicht auf Erfolg haben.

Bürgernahe Justiz

Rechtsstaat stärken

Libérale Rechtspolitik richtet sich an der Achtung und Verteidigung der Grundrechte gegen immer neue Angriffe zum angeblichen Schutz der Allgemeinheit aus. Für uns gilt: Im Zweifel für die Freiheit.

Mangelnder Mut zu Freiheit und Verantwortung führt zu einer Politik von staatlicher Vereinnahmung und Bevormundung. Jeder Eingriff in die Bürgerrechte unterliegt einer strengen Einzelfallprüfung. Er muss erforderlich, geeignet und angemessen sein. Denn nicht jede rechtstaatliche Maßnahme ist angemessen und nicht jede machbare auch geeignet. Jeder Eingriff muss einer späteren Evaluierung standhalten.

Für die FDP ist klar, der Staat muss seine Bürger und die Freiheiten seiner Bürger schützen. In den vergangenen Jahren sind viele Versuche unternommen worden, die Bürger in ihren Freiheits- und Bürgerrechten einzuschränken. Zumeist wird argumentiert, dies sei für ihre Sicherheit oder die Sicherheit des Staates notwendig. Einige behaupten gar, die Freiheitsrechte der Bürger müssen hinter den Sicherheitsinteressen des Staates zurücktreten. Dem stellt die FDP sich entgegen. Für uns gilt: „Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit, aber auch keine Sicherheit ohne Freiheit“. Jede gesetzliche Regelung und jede Maßnahme muss einen Gewinn an objektiver Sicherheit bringen und die Einschränkung der Bürgerrechte muss verhältnismäßig sein.

Moderne und leistungsfähige Justiz für Sachsen-Anhalt

Effizient arbeitende und unabhängige Justizbehörden sind ein wichtiger Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Sie garantieren als dritte Gewalt den Rechtsstaat. Zügiger Rechtsschutz führt zu schnellem Rechtsfrieden und stellt so das friedliche Zusammenleben in Sachsen-Anhalt sicher.

Schon heute ist die Arbeit der Justiz in Sachsen-Anhalt durch eine hohe Qualität gekennzeichnet. Um diesen Standard beizubehalten bzw. in Zukunft noch ausbauen zu können, bedarf es einer optimierten Struktur.

Eine gute personelle Ausstattung stellt sicher, dass zeitnahe Urteile ergehen können und somit die nötige Rechtssicherheit schnell hergestellt werden kann. Gut ausgebildetes und motiviertes Personal stellt die hohe Qualität der Rechtspflege sicher. Hierbei sieht die FDP vor allem einen Schwerpunkt in der kontinuierlichen Weiterbildung, insbesondere im Bereich des Europarechts, und somit in der Stärkung der Europafähigkeit der Richterschaft.

Im allgemein richterlichen und staatsanwaltlichen Dienst stellt sich die Personalsituation derzeit trotz stetig steigender Anforderungen an die Richterschaft vergleichsweise entspannt dar. Sie wird im Sinne der Erhaltung einer homogenen Altersstruktur ständig evaluiert. In Sachsen-Anhalt bedarf es aber personeller Verstärkungen im Bereich der Sozialgerichte. Neben Sozialrichtern sollte der Neueinstellungskorridor zur Verstetigung der Anzahl der Rechtspfleger genutzt werden. Hierbei sind auch Neueinstellungen aus anderen Bundesländern zu erwägen.

Langfristig strebt die FDP eine weitgehende elektronische Aktenführung an. Folglich liegt ein Hauptaugenmerk bei der sächlichen Ausstattung auf der kontinuierlichen Erneuerung der Ausstattung der Justiz mit moderner Technik und der dazugehörigen Software.

Eine bürgernahe Justiz steht für die FDP im Vordergrund. Nur wenn der Bürger ohne nennenswerte Schwierigkeiten die Gerichte vor Ort erreichen kann, ist sichergestellt, dass er auch tatsächlich seine Ansprüche geltend macht.

Jugendstrafrecht

Die Jugendkriminalität stellt ein gesellschaftliches Problem dar. Die Zahl der jugendlichen Straftäter in Sachsen-Anhalt sinkt seit Jahren. Auf der anderen Seite muss aber eine Zunahme der jugendlichen und heranwachsenden Intensivtäter festgestellt werden, die immer gewalttätiger vorgehen.

Die FDP bekennt sich zum Erziehungsgedanken als Leitgedanke des Jugendstrafrechts. Diskussionen über eine Erhöhung der Höchststrafe von derzeit 10 Jahren bzw. einer Senkung des Alters der Strafmündigkeit auf unter 14 Jahre sehen wir nicht als zielführend an. Stattdessen setzen wir auf den abgestuften Maßnahmenkatalog des Jugendstrafrechts und wirksame Prävention. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Strafverfahren gegen Jugendliche besonders zeitnah nach der Tat erfolgen, damit die „Strafe der Tat auf dem Fuße folgt“. Die FDP setzt sich für die Durchführung eines Modellprojekts nach dem Vorbild des Projekts „Chance“ in Leonberg/ Baden-Württemberg ein. Diese freie Form des Jugendstrafvollzugs ist dazu geeignet, die Rückfallquote deutlich zu senken.

Opferschutz

Der Soziale Dienst leistet einen wichtigen Beitrag unter anderem in den Bereichen der Bewährungshilfe und der Führungsaufsicht. Er ist ein unverzichtbarer Teil der Strafrechtspflege. Insbesondere das Instrument des Täter-Opfer-Ausgleichs hat sich bewährt und wird weiterhin von der FDP unterstützt. Damit eine effiziente Aufgabenerfüllung sichergestellt werden kann, bedarf es einer ständigen Evaluation der personellen Situation. Ein weiteres Augenmerk ist auf die kontinuierliche Weiterbildung der Mitarbeiter zu legen. Als weiteres Element eines effektiven Opferschutzes sieht die FDP die Errichtung einer Stiftung Opferschutz nach dem Vorbild der Länder Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Strafvollzug

Resozialisierung ist der beste Opferschutz. Ziel eines modernen Strafvollzugs ist sowohl die Herstellung von Sicherheit für die Bürger als auch die Resozialisierung der Strafgefangenen. Um eine ausgewogene Balance dieser beiden Ziele zu erreichen, bedarf es einer guten personellen Ausstattung der Justizvollzugsanstalten und der Jugendanstalt in Raßnitz. Qualifiziertes und motiviertes Personal trägt maßgeblich dazu bei, dass Rückfallquo-

ten niedrig gehalten werden können. Die FDP bekennt sich zum Behandlungsvollzug. Mittelfristig soll der Prozentsatz des offenen Vollzugs deutlich erhöht werden.

Es ist zu prüfen, ob eine gemeinsame Verantwortung für Justizvollzug und Maßregelvollzug eingesetzt werden sollte, da beiden Institutionen der Rehabilitationsgedanke innewohnt.

Das heutige System der Justizvollzugsanstalten in Sachsen-Anhalt ist modernisierungsbedürftig. Zwar verfügt Sachsen-Anhalt mit der Jugendanstalt Raßnitz und der Justizvollzugsanstalt Burg über zwei neue und moderne Anstalten, aber weitere Justizvollzugsanstalten befinden sich in alten und denkmalgeschützten Gebäuden, deren Modernisierung unwirtschaftlich ist. Eine umfassende Analyse von Fachleuten für die Schaffung eines zukunftsfähigen Systems von Justizvollzugsanstalten liegt auf dem Tisch. Die Standorte der Justizvollzugsanstalten in Sachsen-Anhalt müssen konzentriert werden. Die FDP tritt hierbei für eine Schließung ganzer Altanstalten ein, da dies im Vergleich zur Schließung einzelner Hafthäuser zu Synergieeffekten bei der Personalbewirtschaftung führt.

Aufgrund der notwendigen Standortschließungen ist es notwendig, langfristige Perspektiven für die Beschäftigten zu schaffen. Transparente Planung erhöht die Akzeptanz bei den Bediensteten.

Kurz- bis mittelfristig streben wir an, dass die Standorte Naumburg, Stendal und Halberstadt geschlossen werden. Die jetzt schon begonnene Konzentration in Halle begrüßen wir Liberale. Langfristig wird voraussichtlich der Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Halle notwendig werden. Hierbei sprechen wir uns für die Prüfung moderner Finanzierungsformen, wie etwa das „Public-Private-Partnership“ Modell (PPP), aus.

Durch die Schließung alter und personalintensiver Justizvollzugsanstalten kann das Personal künftig effizienter eingesetzt werden. Bestehende personelle Engpässe sind zunächst durch landeseigenes Personal auszugleichen. Zur Sicherstellung einer homogenen Altersstruktur bedarf es aber auch einem Neueinstellungskorridor für junge Nachwuchskräfte insbesondere im mittleren Dienst.

Die besonders hohen Anforderungen im Bereich des Jugendstrafvollzugs bedingen sich daraus, dass hier der Erziehungsaspekt im Vordergrund steht. Folglich bedarf es in der Jugendstrafanstalt in Raßnitz einer hohen Betreuungsdichte, die zu einem erhöhten Personalbedarf führt. Neueinstellungen im Rahmen des Einstellungskorridors sind prioritär im Jugendstrafvollzug durchzuführen.

Freie Bürger, freie Kreise, Städte und Gemeinden

Starke Kommunen brauchen Kontinuität der Strukturen

Die Kreise, Städte und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt sind der Garant für Demokratie, Vorsorge und Solidarität vor Ort. Neben Recht und Gesetz sind es vor allem die zwischenmenschlichen Beziehungen des Alltags, die das Funktionieren dieser ältesten Form staatlichen Handelns bedingen.

Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Gradmesser für Teilhabe der Bürger und somit letztlich für die konkrete Ausgestaltung von Demokratie vor Ort. Deshalb steht die FDP für die Stärkung der Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachsen-Anhalt.

Verwaltungsstrukturen müssen effizient arbeiten. Hierbei bekennt sich die FDP zur Einheitsgemeinde als grundsätzlich effizienteste Verwaltungseinheit. Ein ganz maßgeblicher Faktor ist aber ebenfalls die Akzeptanz und die heimatliche Verbundenheit der Bürger mit ihren Gemeinden. Deshalb haben wir flächendeckende Eingemeindungen per Zwang konsequent abgelehnt.

Um auch zukünftig die Kraft der Kommunen zu erhalten, bedarf es einer Phase der Kontinuität. Gebietsveränderungen dürfen nur dann vollzogen werden, wenn sie von den Bürgern der beteiligten Gemeinden gewünscht sind.

Ständige Neustrukturierungen schwächen das ehrenamtliche Engagement. Folglich wird die FDP Gemeinden, die sich in der so genannten freiwilligen Phase zusammengeschlossen haben, nicht per Gesetz wieder auseinander reißen.

Starke Kommunen brauchen Gestaltungsfreiheit

Nach der Verringerung der Zahl der Landkreise und Gemeinden müssen diesen nun endlich im Rahmen einer substantiellen Funktionalreform Aufgaben übertragen werden.

Bisherige Versuche, Aufgaben vom Land auf die Landkreise zu übertragen, wurden von der CDU-SPD-Landesregierung nur halbherzig verfolgt. Liberale Kommunalpolitik setzt beim Bürger an. Für Bürger und Unternehmen sind die kommunalen Verwaltungen die ersten Ansprechpartner. Städte und Gemeinden sowie Landkreise müssen möglichst effiziente Verwaltungsstrukturen vorhalten. In einer Zeit des demografischen Wandels bedeutet dies größtmögliche Bürgernähe gepaart mit intelligenten IT-Lösungen.

Die FDP setzt sich für die Übertragung der Schulaufsicht sowie der Unterhaltung der Landes- und Bundesstraßen auf die Landkreise ein.

Auch zwischen den Landkreisen und Gemeinden muss die derzeitige Aufgabenverteilung überdacht werden. Im Rahmen einer so genannten „interkommunalen Funktionalreform“ muss geprüft werden, welche Aufgaben künftig von den Städten und Gemeinden in Sachsen-Anhalt übernommen werden können.

Die FDP wird sich für eine Zusammenführung der gesetzlichen Regelungen, die die Kommunen betreffen in einem Kommunalverfassungsgesetzbuch einsetzen, um zur Rechtsvereinfachung beizutragen und die Rechtsanwendung zu erleichtern.

Starke Kommunen brauchen ausreichende finanzielle Rahmenbedingungen

Um zukünftigen Generationen notwendige Gestaltungsspielräume zu eröffnen, müssen gerade die Kommunen ihre finanziellen Spielräume zurückgewinnen. Das setzt gesunde Finanzen voraus, will man es nicht nachfolgenden Generationen aufbürden, die hinterlassenen Schuldenberge abzutragen.

Bund und Land sind gefordert, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Kommunen zu verbessern. Dazu zählt eine umfassende Neuordnung des kommunalen Finanzierungssystems. Die Kommunen brauchen eine solide, unbürokratische und konjunktur-unabhängige Finanzgrundlage. Ziel ist nicht ein bloßes Mehr an Einnahmen, sondern eine transparente Verteilung der Finanzmittel, die sich an den konkret zu erfüllenden Aufgaben bei den verschiedenen Ebenen unseres Staates orientiert. Hierbei muss auch in einem ausreichenden Maß die Sicherung der Finanzausstattung für die so genannten freiwilligen

Aufgaben der Kommunen gegeben sein.

Basis liberaler Finanzpolitik ist ein offener Diskussionsprozess über den notwendigen Umfang und die Qualität der öffentlichen Aufgaben auf der kommunalen Ebene. Die Gemeinden und Landkreise müssen sich darüber klar werden, welche Aufgaben sie zukünftig noch in welcher Qualität wahrnehmen wollen und können.

Wer eine Leistung anordnet, hat sie auch zu bezahlen.

Gesetze, die Kommunen belasten, müssen einen vollständigen finanziellen Ausgleich vorsehen. Es ist deshalb auch unerlässlich, für das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Kommunen ebenfalls das Konnexitätsprinzip verfassungsrechtlich zu verankern.

Die FDP will auch auf kommunaler Ebene ein Bewusstsein für konsequente Schuldenbegrenzung und Schuldenabbau durchsetzen.

Um zukünftig den Kommunen die Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben im eigenen Wirkungskreis zu ermöglichen, sollte eine Entstaatlichung der Gemeinden geprüft werden. Inzwischen ist der Aufwand im übertragenen Wirkungskreis häufig größer, als die Zuweisungen des Landes betragen, so dass den originären Funktionen das Geld entzogen wird. Außerdem unterminiert die Unzuständigkeit des gewählten Rates für einen Großteil der vor Ort erledigten Aufgaben das Demokratieverständnis der Bürger.

Die Kommunalaufsicht muss wieder der Bedeutung ihrer Aufgabe entsprechend handeln. Allzu oft mündete mangelnde Fachaufsicht oder falsch verstandene Überbetonung der kommunalen Eigenständigkeit in Minder- oder Fehlerfüllung staatlicher Aufgaben. Hier bedarf es eines Haftungstatbestandes der Aufsicht.

Landesentwicklung

Als Flächenland weist Sachsen-Anhalt differenzierte Strukturen auf. Obwohl der Staat nicht in der Lage ist, überall gleiche Lebensverhältnisse herzustellen, muss er sich für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen einsetzen. Insbesondere sollen in allen Teilen des Landes öffentliche und private Dienstleistungen in zumutbarer Erreichbarkeit angeboten werden.

Die FDP wird wieder eine Landesentwicklung anstoßen, die klar strukturiert und zukunftsorientiert ist.

Das System der zentralen Orte muss für die betroffene Kommune insbesondere Verpflichtung zum Vorhalten einer städtischen Infrastruktur, wie Versorgungs-, Bildungs- und Kultureinrichtungen sein.

Nur die Anpassung der kommunalen Finanzaufweisung weg von der Einstufung im Landesentwicklungsplan hin zu einer Zuweisung auf Grundlage der realen Bedarfe kann zu einer wirkungsvollen Landesplanung und zielgenauen Kommunalfinanzierung führen.

Nach Ansicht der FDP müssen förderfähige städtebauliche Entwicklungskonzepte den demografischen Herausforderungen Rechnung tragen und zugleich die Attraktivität des Lebens und Arbeitens in Sachsen-Anhalt erhöhen.

In diesem Sinne soll der Einsatz von Fördermitteln auf die Stärkung wertvoller baulicher Strukturen in den historischen Stadt- und Dorfkernen konzentriert werden, deren Bedeutung für das Funktionieren des Organismus Stadt, aber auch für die touristische Anzie-

hungskraft unseres Landes zunehmend erkannt wird.

Die aufgrund des demografischen Wandels unvermeidbaren Schrumpfungsprozesse in den Mittel- und Oberzentren sind als Chance für eine behutsame Stadtreparatur zu begreifen.

Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum, was zu einer erhöhten Investitionsbereitschaft in den Altbaugebieten beiträgt. Nicht zuletzt werden auf diese Weise Arbeits- und Ausbildungsplätze in kleinen und mittelständischen Bau- und Handwerksbetrieben geschaffen.

Zu den freiheitlichen Bürgerrechten gehören sowohl die Mobilität des Einzelnen als auch die Teilhabe der Regionen am wirtschaftlichen und kulturellen Austausch.

Zu den vom Staat zu schaffenden Rahmenbedingungen gehört neben der Bereitstellung der Infrastruktur durch ein gut ausgebautes Straßen- und Schienennetz sowie durch Wasserstraßen und Flugverbindungen auch die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs. Insbesondere ganz junge und ältere Menschen benötigen aufgrund wachsender Entfernungen zu Bildungs- und Versorgungseinrichtungen sowie Behörden ein verlässliches Netz des ÖPNV.

Zu den Aufgaben der Landesentwicklung gehört für die FDP auch die Schaffung von Rahmenbedingungen, um medizinische und soziale Dienstleistungen in der Fläche zu garantieren. Dabei sind moderne Technologien stärker in Anwendung zu bringen, aber auch die Wirtschaftlichkeit konventioneller Verkehrsmittel, wie z. B. Rettungshubschrauber erneut zu kalkulieren.

Unerlässlich ist für die FDP die Erhaltung und Unterstützung privater Initiativen. Durch Stärkung des ehrenamtlichen Engagements können Gestaltungsspielräume gewonnen werden, mit denen im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ein Ausgleich staatlicher Defizite möglich ist.

Wie die Hochwasser immer wieder vor Augen geführt haben, ist der Hochwasserschutz im Binnenland eine wichtige Daueraufgabe. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen entlang der Flussläufe durch ein umfassendes und nachhaltiges Hochwassermanagement geschützt werden.

Sachsen-Anhalt in Europa

Die Europäische Union ist ein Garant für ein friedliches Zusammenleben der Völker in Europa. Sachsen-Anhalt, seine Bürger und Unternehmen profitieren vom gemeinsamen Binnenmarkt und der Freizügigkeit von Waren und Dienstleistungen in der EU.

Die FDP bekennt sich zu einer Europäischen Union, die demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen genügt, sowie die Subsidiarität zunehmend in den Vordergrund stellt.

Liberaler Europapolitik setzt bei den Bürgern an. Mit der Verabschiedung des so genannten Lissabon-Vertrages wurden die direkten Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger gestärkt. Bald wird das Europäische Bürgerbegehren die direkte Beteiligung der Bürger auf Rechtsakte der EU ermöglichen. Damit diese und andere Teilhabemöglichkeiten der Bürger auch tatsächlich wahrgenommen werden, setzt sich die FDP für eine verstärkte Information der Bürger ein.

Eine Vielzahl von Gesetzen in Sachsen-Anhalt hat ihren Ursprung in einer Initiative der EU. Es besteht deshalb schon heute eine sehr enge Verzahnung zwischen Sachsen-Anhalt und der EU, die durch die Landesvertretung in Brüssel koordiniert wird. Die FDP tritt auch in Zukunft für eine starke Präsenz von Sachsen-Anhalt in Brüssel ein. Die Vernetzung mit dem Landtag und den Ministerien muss intensiviert werden, um die Interessen Sachsens-Anhalts besser in Brüssel vertreten und auf Initiativen der EU reagieren zu können. Hierzu gehört auch die Stärkung der Europakompetenz in der öffentlichen Verwaltung und den Unternehmen in Sachsen-Anhalt.

Zukunft der Strukturfondsförderung

Durch den Erfolg der finanziellen Förderung durch die Strukturfonds in Sachsen-Anhalt konnte die wirtschaftliche Basis bereits deutlich verbessert werden. In der jetzigen Förderperiode der Strukturfonds hat Sachsen-Anhalt von 2007 bis 2013 finanzielle Unterstützung in Höhe von 3 Milliarden Euro erhalten. Ab 2014 wird Sachsen-Anhalt voraussichtlich aufgrund der wirtschaftlichen Verbesserungen nicht mehr unter die bisherigen Förderregelungen fallen. Die FDP bekennt sich zum Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. In manchen Teilen der Wirtschaft bedarf es in Sachsen-Anhalt noch weiterhin einer Förderung. Wir sind noch nicht endgültig am Ziel des Weges angekommen. Hierbei können wir uns eine weitere Unterstützung durch die EU im Rahmen einer einmaligen, ausgewogenen Übergangsregelung für Sachsen-Anhalt vorstellen.

Liberales Land – erfolgreiche Heimat

Ein Land der Bürger kann nur erfolgreich sein im internationalen Vergleich, wenn die Rechte des Einzelnen und seine Freiheit gewahrt werden.

Sachsen-Anhalt braucht eine starke FDP in der Regierung, um von einer Herrschaft der Politik zu einer Verantwortung der Menschen zu kommen.

Wählen Sie am 20. März 2011 eine Partei, die unsere Heimat Sachsen-Anhalt nicht nur verwaltet, sondern regiert, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Mit Leidenschaft für Sachsen – Anhalt: FDP.